

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hüften- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Freude

Viele Menschen der Gegenwart bekämpfen sich durch laute, rauhe Vergnügen, damit ihnen nicht bewußt werde, wie freudenarm und traurig ihr Inneres ist. Die meisten sind abgestumpft für die Freuden, die empfunden werden bis aufs tiefste der Seele, die von innen heraus die Augen mit einem sonnigen Glanze füllen, die den Mund zu einem fröhlichen Lachen bewegen, die das Herz jubeln lassen vor Freude.

Die Frühlingspracht, das Farbenspiel der Natur, das Waldesrauschen, der friedliche Sonnenuntergang, der gestirnte Himmel — das sind Dinge, die bei liebevoller Betrachtung in der Seele heitere Saiten bewegen zu freudigem Widerhall. Volkslieder, die in der Feierstunde des Abends in geselligem Kreise gesungen werden, wehen im Innern Freudentöne, die lange nachklingen. Wer am Sonntag zu einem schönen Bache greift, wer sich vertieft in die wahrhaft göttliche Poesie unserer großen Dichter, oder wer sich versenkt in die ewigen Wahrheiten der Bibel, der erlebt klare, reine Sonntagsfreude.

Ein unerschöpfbarer Quell der Freude sprudelt in jedem Familienkreise, der durch Kinder belebt ist. Seht doch die lachenden Augen, beobachtet doch die kindlichen selbstgeschaffenen Spiele, hört doch das jubelnde Kinderlachen! Wird's Euch da nicht warm im Innern? Drängt's Euch nicht zu der muntern Gesellschaft, um wieder Kind mit den Kindern zu werden?

Alle Klimbim-Festlichkeiten unserer Tage lassen das Innere leer und kalt, sie greifen nicht hinein ins Herz. Hätten doch die Menschen wieder Sinn für kleine, echte Freuden, es wäre um vieles angenehmer zu leben, es wäre auch viel leichter, die Menschen für energisches Streben im Dienste der materiellen und idealen Hebung der Gesamtheit zu begeistern.

Kapital und Arbeit.

Die Gewerkschaft ist der Zusammenschluß der wirtschaftlich Schwachen, der Lohnarbeiter, zwecks notwendiger, den veränderten Zeit- und Erwerbsverhältnissen Rechnung tragender Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die einzelnen Berufs- und Verbände, von welchen die Interessen der Angeschlossenen im Rahmen der Staatsgesetze, der christlichen Sittengesetze, mit allem möglichen Nachdruck dort vertreten werden, wo der Einzelne nichts vermag. Prinzipiell sind unsere christlichen Gewerkschaften keine Gegner irgendwelcher Stände; weder dem Unternehmer, noch den Interessen des Volksganzen stehen sie feindlich gegenüber, sie dienen lediglich nur dem, von den seither bestehenden Volksklassen durch die wirtschaftlichen Verschiebungen abgewinkelten vierten Stände, dessen Stellung im öffentlichen und Wirtschaftsleben nicht den Verhältnissen entspricht, die ihm zukommen auf Grund der Gerechtigkeit, der Erhaltung wirtschaftlichen Leistungsvermögens und der aufstrebenden Entwicklung. Einen Klassenkampf im Sinne der Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise kennen die christlichen Gewerkschaften nicht. Kapital und Arbeit sind aufeinander angewiesen. Eines kann das andere nicht entbehren, jedes muß sich mit Hilfe des Andern erhalten, erhalten. Ist doch das Kapital an sich tatsächlich sehr oft verachtete, aufgesparte Arbeit, notwendig, immer wieder neue Werte zu erzeugen mit Hilfe der Arbeitsfähigkeit der Arbeiter, deren Fähigkeit an sich wiederum eine Form von Kapital ist. Somit besteht kein absoluter Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Des einen Interesse ist auch meistens das des anderen. Eine gerechte Kapitalvertretung darf sich allerdings nicht sagen: „Was muß ich der Arbeitsfähigkeit vom Gewinne zuteilen, auf daß sie am Leben bleibt?“ Der die Werte erzeugenden Arbeitsfähigkeit kommt mehr zu. Eine in dieser Hinsicht gerecht behandelte Arbeiterschaft erwächst

von selbst einem unwürdigen vom Unterbrückerum verschuldeten Elend. Sie erstrebt von selbst höhere Bildung, Stillschickung und Intelligenz. Und hat nicht daran das Kapital auch wieder seinen Vorteil?

Eine möglichst gebildete, intelligente Arbeiterschaft ist die fördernde und erhaltene Basis der Industrie im Wettbewerbe der Nationen. Ein gesundes Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit führt aufwärts, die vielfach unwürdigen Gegensätze von heute führen ab vom aufsteigenden Wege. Liegt doch in ihnen nichts als Zwietracht, haltloses Schwanken, zwischen von Not bedingter Unterwürfigkeit, Ueberhebung und Gerechtigkeit; eine natürliche Folge industriellen Despotismus, unter dem der Arbeiter die Selbstachtung und das Selbstvertrauen verliert, in stupiden Stumpfsein verfällt oder auch zur Auflehnung schreitet. Ist es nun aber dem Aufblühen einer Industrie, dem Wohle des Ganzen förderlich, mit einer fast systematisch gegügelen, pumppfennigen oder rentierten Arbeiterschaft einseitige Interessen zu verfolgen? Sicherlich nicht! Mit weltanschauenden großzügigen Industrieführern steigt mit dem gerechteren Entgelt der Arbeit gleichzeitig auch die Industrie zu höherer Blüte. Eins bedingt das andere. Traurig und beschämend für industrielle Machthaber ist es, wenn sie in totaler Verkennung dessen, was den sozialen Körper gesund macht, sich so gebärden, als ob die Durchführung unserer Gewerkschaftsgrundsätze die Macht und Herrlichkeit der Industrie zum Bankrott brächten. Wenn solche materialistisch-klassenkämpferische Industrieführer an Respekt verlieren und ihr Verdienst um die Hebung des Kulturlebens ein wenig ehrenvolles Prädikat erhält, tragen sie allein die Schuld daran. Weitblickende, von materialistischen und klassenkämpferischen Vorurteilen und Anschauungen freie Männer, können den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaftsbewegung wohl zustimmen.

Für gegenwärtige wie kommende Arbeitergeschlechter kämpft der Gewerkschaftsgebanke gegen die ungerechte, unbarmherzige Gewinnjucht, welche kurzfristiger Raubwirtschaft gleich ist, die wohl Wälder abholzt, aber an eine Weiterpflanzung nicht denkt oder nicht will, aus Selbstsucht um des eigenen Geldsacks willen. Dieser Raubwirtschaft setzt der christliche Gewerkschaftsgebanke eine hemmende Schranke. Er schützt den Schwachen gegen den Starken, die Ausgebeuteten gegen ungerechte Ausbeuter. Er stellt die Qualität über die Quantität, den Produzierenden über das Produkt, den Menschen über das glänzende Silber oder Gold. Vertrauen, Zuneigung und Achtung soll den Wirkungsgrad der Arbeit erhöhen, veredeln und für beide Teile, Arbeiter und Arbeitgeber, geistlicher gestalten. In hohem Grade förderlich wäre es, wenn die Vertreter des Kapitals ihren Arbeitskräften oder deren Vertretern, ebenso tolerant gegenüberständen, als letztere es ihnen gegenüber bei Verfolgung gewerkschaftlicher Prinzipien sind. Ebenso würden sie sich Achtung erringen, wenn sie die Gewerkschaft und ihre Politik nicht ignorierten, sondern mit bereitwilliger Offenheit studierten.

Gegenseitiges Verstehen ist beiden Produktionsfaktoren unumgänglich notwendig, soll das Friedensproblem zu beiderseitiger Zufriedenheit gelöst werden. Unkenntnis ist die Mutter des Vorurteils und des Habers, der Freude kann nur einziehen, wenn man Standpunkt und Haltung des Gegners richtig begreifen lernt. Alle Versicherungen des Wohlwollens seitens der Unternehmer, mögen sie noch so erfreulicher Art sein, lösen nicht entgeltlich das Problem. Dies kann nur gelöst werden durch Anerkennung der Arbeiterrechte, durch bereitwilliges Verhandeln und durch korporative Vertragsverhältnisse, welche alle Arbeitsbedingungen regeln. Erfreulicherweise ist hierin schon ein befriedigender Fortschritt zu verzeichnen. Um- und einsichtige Unternehmer bestreben sich, die tariflichen Vorteile sich zu sichern, da diese geeignet sind, sowohl der Schmutzkonzurrenz zu begegnen, als auch im eigenen Betriebe statt unsichere Schwankungen

stetigere Bedingungen zu erhalten. Durch Anerkennung der Arbeiterrechte tragen sie den Geist der Befriedigung wie williger Mitarbeiter unter ihre Arbeiter. Die Menschheitsgeschichte lehrt, daß es leider zu allen Zeiten einzelne wie ganze Gesellschaftsklassen gab, die den unrühmlichen Beruf in sich fühlten, sich dem naturnotwendigsten Fortschritt der Zeit entgegenzustellen aus Gründen idealer, materieller oder auch despotischer Art. Die gleiche Geschichte tut dar, daß jene, welche vermeinten, dem rollenden Rade der Zeit den Hemmschuh anlegen zu können, endlich mit Wucht beiseite geschleudert wurden. Die Entwicklung geht ihren Weg und nur kurzfristige kleine Gelfter können es sein, die sich ihr in törichter Weise entgegenstellen. Wenn auch vorerst verkannt und bekämpft — das Beste und Gerechte wird doch zum Durchbruch und Sieg kommen. Was einer Bewegung, sei sie weltlicher oder politischer Art, Schwung und Eroberungskraft einflößt, das sind große Ideale, die ihr zu Grunde liegen, für deren Verwirklichung sie kämpft. Jede Bewegung anderer Art, in der nicht der Gottesgedanke die Methoden menschlichen Strebens umgrenzt, trägt den Keim des Todes in sich. In Erwägung dessen sollte die Anerkennung der Menschenrechte der Arbeiter vom Unternehmertum zum Prinzip ihres Handelns erhoben werden. Dies wäre eine Anerkennung der Würde und des Wertes der Arbeit, der Wertschätzung und Gleichberechtigung der mit körperlicher Arbeit beschäftigten Menschen. Nur der kann ein wahrhaft edler Mensch sein, der im Mensch den Menschen achtet, und ihn nicht als Maschine oder Ware abschätzt. Eine dahin gehende freie Anerkennung wird untrüglich ein festes Band um Arbeitgeber und -nehmer schlingen, ein besseres „Sichverstehen“ dieser beiden wichtigen Produktionsfaktoren herbeiführen; für Geber und Empfänger gleichermaßen ein Segen und eine dauernde Wohltat für Arbeiter, Unternehmer und das ganze Volk.

Die Arbeitervertretung in der Invaliden- und Unfallversicherung.

In mehr oder minder großem Umfange sind die Arbeiter (Versicherten) zur Ausführung der Arbeiterversicherungsgefeße vom Gesetzgeber beauftragt worden. Hierbei war der Gedanke leitend, für die Arbeiter durch die Arbeiter zu wirken. In der Krankenversicherung hat dieser Gedanke den höchsten Ausdruck gefunden, denn die Organe dieses Versicherungszweiges (Generalversammlung und Vorstand) bestehen zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeiter (Versicherten) die von allen über 21 Jahren alten Mitgliedern der Krankenkasse beiderlei Geschlechts in geheimer und unmittelbarer Wahl bestellt werden. Erfreulicherweise hat sich auch die christlich-nationale Arbeiterchaft in immer steigendem Maße an diesen Wahlen beteiligt und in mancher Krankenkasse sich die Herrschaft gesichert. Zweierlei Beweggründe führten zu diesem Ziele. Einmal die Erkenntnis, daß auch die christlich-nationale Arbeiterchaft um ihrer selbst willen sich an der Aufgabe zur Durchführung der sozialen Versicherung zu beteiligen und die Kassen dann so auszubauen habe, daß sie bei möglichst niedrigen Beiträgen die größtmöglichen Leistungen gewähren, dann aber auch, um den gegen die Fortführung der Sozialreform beliebten schärfmächerlichen Einwand zu entkräften, als interessierten sich die nichtsozialdemokratischen Arbeiter nicht für die soziale Gesetzgebung und deren Ausbau, was sich ja in ihrer Gleichgültigkeit bei den sozialen Wahlen zeige. Die gesetzliche Sozialreform komme deshalb nur der sozialdemokratischen Propaganda zugute, die die Organe der sozialen Gezege mit ihren Anhängern besetzen, welche dann ihre Stellung zur Förderung der sozialdemokratischen Partei mißbrauchten. Weil die Wahlen zu den Organen der Krankenkassen unmittelbare sind, also von den Versicherten selbst

betätigt werden, werden diese durch die immer lebhafter werdende Wahlagitatorik der verschiedensten Richtungen in der deutschen Arbeiterbewegung mit diesem Wahlrecht der Arbeiterklasse auch immer mehr vertraut. Die Versicherten wissen, welche Rechte sie in dieser Beziehung haben, Rechte, die sie selbst in Bewegung setzen. Umsoweniger aber wissen die Versicherten etwas von der Organisation und Verwaltung der Invaliden- und Unfallversicherung. Die Erklärung dieser Tatsache liegt in dem komplizierten Apparat, dessen sich diese zwei Versicherungszweige bedienen, in welchen die Mitwirkung der Arbeitervertreter bei weitem nicht so intensiv ist, wie in den Organen der Krankenversicherung; des Weiteren in dem die breite Öffentlichkeit nicht berührenden Wahlmodus zu den Organen zur Durchführung der Invaliden- und Unfallversicherung. Und doch ist zur vollen Erkenntnis der Tragweite der Wahlen zu den Organen der Krankenkassen die Kenntnis der Aufgaben der Organe zur Durchführung der Invaliden- und Unfallversicherung dringend notwendig.

Wahlrecht bei der unteren Verwaltungsbehörde.
Das Wahlrecht: Nach § 62 des Invalidenversicherungsgesetzes wählen

- a) die Vorstände der im Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde (das sind in Preußen die Städte von mehr wie 10 000 Einwohnern bzw. ein Landratskreis) vorhandenen Orts-, Betriebs-, Bau- und Zünftekrankenkassen, der Knappschafts- und Seemannskassen, sowie der eingeschriebenen Hilfskassen, welche letztere als Ersatz der Zwangskassen (Ortskassen etc.) zugelassen sind und deren Bezirk denjenigen der unteren Verwaltungsbehörde nicht überschreitet; (Die zentralisierten Hilfskassen scheiden also bei der Wahl aus).
- b) die Stadtbehörden bzw. Kreisaußenstellen für die nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherungspflichtigen, aber keiner Krankenkasse angehörenden Personen (das sind im allgemeinen die Dienstboten, Landarbeiter etc.).

Die Wähler zu den unteren Verwaltungsbehörden.

Soweit die Vorstände der bezeichneten Kassen und Vereinigungen aus Vertretern der Arbeitgeber und Vertretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, nehmen bei der Wahl die den Arbeitgebern angehörenden Mitglieder des Kassenvorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber, die den Versicherten angehörenden Mitglieder des Kassenvorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Versicherten teil. Kassenvorstände, in denen Arbeitnehmer nicht vertreten sind, nehmen nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber teil.

Wählbar als Vertreter bei der unteren Verwaltungsbehörde sind alle diejenigen deutschen, männlichen Personen über 21 Jahre, welche zum Amte eines Schöffen fähig sind.

Das Amt eines Schöffen können solche Personen nicht bekleiden, denen die Befähigung dazu durch strafgerichtliches Urteil aberkannt worden ist, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechen oder Vergehens eröffnet ist, das die Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann und solche Personen, die infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Erforderlich ist ferner, daß der zu wählende Vertreter der Versicherten auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes versichert ist und Beiträge leistet. Es können somit auch freiwillig versicherte Personen gewählt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber müssen entweder selbst versicherungspflichtige Personen beschäftigen oder Bevollmächtigter Leiter derartiger Betriebe sein. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die zu wählenden Personen im Bezirke der jeweiligen unteren Verwaltungsbehörde und mindestens zur Hälfte an deren Orte oder in einer Entfernung bis zu 10 Kilometern von demselben wohnen, und nicht Mitglied des Vorstandes der Invalidenversicherungsanstalt oder eines Schiedsgerichtes für Arbeiterversicherung sind.

Das Wahlverfahren regelt sich folgendermaßen: Für den Bezirk einer jeden unteren Verwaltungsbehörde müssen mindestens acht Vertreter, und zwar vier aus den Kreisen der Versicherten und vier aus den Kreisen der Arbeitgeber gewählt werden. Die Landeszentralbehörden sind befugt, zwar eine größere, aber keine geringere Vertreterzahl zu bestimmen (§ 61 des Inv.-V.-G.); jedoch muß die Zahl der Versicherten und der Arbeitgeber immer gleich sein (§ 87 des Inv.-V.-G.). Die Wahl der Vertreter erfolgt nach näherer Bestimmung einer Wahlordnung, welche von der für den Sitz der Versicherungsanstalt zuständigen Landeszentralbehörde (Ministerium) oder der von dieser bestimmten Behörde (was in Preußen der Oberpräsident) zu erlassen ist, unter Leitung eines Beauftragten dieser Behörde (§ 63 des Inv.-V.-G.). Bei gemeinsamen Invalidenversicherungsanstalten (z. B. Thüringische Landesversicherungsanstalt für die Thüringischen Herzogtümer etc. mit Ausnahme von Anhalt, das zur Landesversicherungsanstalt der Provinz Sachsen gehört) wird die Wahlordnung, sofern ein Einverständnis unter den beteiligten Landesregierungen nicht erreicht wird, durch den Reichskanzler erlassen, und die Wahl durch einen von demselben ernannten Beauftragten geleitet.

Zum Zwecke der Wahl der Vertreter kann der Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde in kleinere Wahlbezirke geteilt werden. Streitigkeiten über die Wahlen werden von derjenigen Behörde entschieden, welche die Wahlordnung erlassen hat (§ 63 des Inv.-V.-G.). Das

Stimmenverhältnis der Wahlberechtigten richtet sich nach der Zahl der von ihnen vertretenen Versicherten.

Die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden sind nach dem Gesetz folgende. Sie haben:

- a) Die Anträge auf Bewilligung von Altersrenten entgegenzunehmen und sich zu denselben autschütlich zu äußern;
- b) Gutachten darüber zu erstatten, ob Invalidenrenten entzogen und Rentenzahlungen eingestellt werden sollen;
- c) Selbstverfahren zu vermitteln und den Beteiligten über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten Auskunft zu erteilen.

Inwieweit kommt nun die Tätigkeit der Wähler in Frage? § 59 des Invalidenversicherungsgesetzes bestimmt, daß zwei derselben, ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer, in der von der Regierung festgesetzten Reihenfolge, von der unteren Verwaltungsbehörde zur Prüfung und Beratung zugezogen werden müssen, wenn letztere meint, daß ein Anspruch auf Invalidenrente nicht gerechtfertigt sei, oder die Entziehung einer Rente befürwortet werden müsse.

Die Wähler haben somit zu untersuchen, ob dem Versicherten nicht mit der Versagung oder Entziehung der Rente Unrecht geschieht und haben demgemäß ihr Gutachten abgeben.

Noch eine andere wichtige Aufgabe liegt den Wählern bei der unteren Verwaltungsbehörde ob. Sie haben nämlich die

Mitglieder des Ausschusses der Landes- (Invaliden-)Versicherungsanstalt

zu wählen. Dieser Ausschuss besteht aus mindestens je 5 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter. Immer aber muß die Zahl der Vertreter beider Gruppen gleich sein. Für jeden Vertreter sind mindestens zwei Ersatzmänner zu wählen.

Die Aufgaben des Ausschusses

sind sehr mannigfaltig. Er hat für die Invalidenversicherung ungefähr dieselben Funktionen zu verrichten, die in den Krankenkassen der Generalversammlung vorbehalten sind. Insbesondere obliegt dem Ausschusse, die nicht beamteten Mitglieder des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu wählen, den Haushaltsplan anzuzustimmen, die Jahresrechnung zu prüfen, die ganze Geschäftsführung des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu überwachen und die Wähler der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu wählen. Außerdem haben die Ausschussmitglieder aus dem Arbeiterstande die Aufgabe, jene Arbeitervertreter zu wählen, welche beim Erlasse von Unfallverhütungsvorschriften gemäß §§ 120 a bis 120 c der Gewerbeordnung zur Beratung zugezogen werden müssen.

Das Recht, die Geschäftsführung des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu überwachen, gibt dem Ausschusse die Gelegenheit, etwaigen Auswüchsen, etwa bei der Gewährung des Selbstverfahrens, bei der Familienunterstützung, bei Anstellung von Vertrauensärzten etc. entgegenzutreten und Verbesserungen einzuführen.

Die wichtigste Aufgabe des Ausschusses besteht aber unzweifelhaft in dem Recht, die Wähler der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu wählen. Diese Schiedsgerichte sind berufen, die aus der Unfall- und Invalidenversicherung zwischen den Versicherungsträgern (Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten) und den Versicherten wie deren Angehörigen entstehenden Streitigkeiten durch Urteil zu entscheiden. Die Wähler sollen nach dem Willen des Gesetzgebers beim Schiedsgerichte als wirkliche Richter fungieren und insbesondere als Sachmänner sich darüber äußern, inwieweit der Rentensbewerber noch arbeitsfähig ist.

Aber auch als Wähler müssen sich die Schiedsgerichtsbeisitzer, die zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen müssen, betätigen. Sie haben auch

die Wähler des Reichsversicherungsamtes (Landesversicherungsämter)

zu wählen. Dieser höchste Gerichtshof in Unfall- und Invalidenrentenstreitsachen erfordert mit Recht das höchste Interesse der Versicherten, denn dessen Entscheidungen sind die Richtschnur für die Auslegung und Anwendung des Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes.

Bemerkten wollen wir nochmals, daß die Wähler der Arbeitgeber und Arbeiter in all den bezeichneten Körperschaften in gleicher Zahl gewählt werden müssen, und zwar wählen die Vertreter der Arbeitgeber nur die Vertreter dieser Gruppe, während die Arbeitervertreter immer nur von den Arbeitervertretern in getrenntem Wahlgange gewählt werden.

Aus dem Dargelegten geht hervor, wie ungemein wichtig die sozialen Wahlen sind. Die Versicherten haben es selbst in der Hand, daß die Versicherungsgesetze auch möglichst sozial angewandt werden. Wenn die Versicherten bei den Wahlen zu den Organen der Krankenkassen auf dem Posten sind und nur solche Männer aus ihren Reihen als Vertreter wählen, die mit Gewissenhaftigkeit und mit dem nötigen Verständnis ihres

Amtes walten, dann werden auch die weiter geschilderten Organe zur Durchführung der Invalidenversicherung mit tüchtigen Männern sich besetzen lassen.

Zum Stand der sozialen Gesetzgebung.

Der Reichstag ist wider Erwarten diesmal anstatt verlagt, geschlossen worden, und auf Grund eines veralteten Formalismus der Geschäftsordnung fallen alle Vorlagen, Petitionen und Anträge, über die noch nicht Beschluß gefaßt ist, ohne Rücksicht auf das Stadium der Beratungen, unter den Tisch. Damit fallen auch zwei wichtige Gesetzesvorlagen, das Arbeitskammergesetz und die große Gewerbeordnungsnovelle. Die Gewerbeordnungsnovelle war durch die erste Lesung in der Kommission. Es ist äußerst beauerlich, daß mit dem Wegfall dieser beiden Vorlagen die Erfüllung langgehegter Wünsche der Arbeiter wieder auf mehrere Jahre hinausgeschoben wird. Schon oft ist im Reichstag diese Bestimmung der Geschäftsordnung beklagt worden, und es ist tatsächlich an der Zeit, daß man diesbezüglich eine andere Praxis einführt. Die Gewerbeordnungskommission ist z. B. im vor. Herbst drei Wochen früher zusammengetreten und hat jeden Tag vormittags und nachmittags Sitzungen abgehalten, lediglich um das Gesetzeswerk zu fördern. Diese Kommission hat auch trotz der heftigen politischen Kämpfe im Parlament unentwegt weitergearbeitet. Das erfreulichste an diesen Beratungen war, daß die Verhandlungen recht günstige Mehrheitsergebnisse für die einzelnen Beschlüsse zeigten. Die außerordentlich wichtigen Debatten und Erklärungen der Regierung zu den verschiedensten Fragen werden jetzt nicht einmal im Kommissionsbericht festgehalten, da ein solcher Bericht erst gemacht zu werden pflegt, wenn die Beratungen der Kommission in zweiter Lesung abgeschlossen sind. Alle Zeit und Mühen, die auf die Beratung dieser Vorlagen verwendet wurden, sind also vergebens gewesen.

Das Fehlen dieser beiden Gesetzesvorlagen ist gerade im gegenwärtigen Moment unangenehm. Die nächste Reichstagsession, die wahrscheinlich erst Ende November beginnen wird, ist belastet mit der großen Versicherungsordnung. Neben dieser dürfte es schwer halten, die anderen Vorlagen noch mit zu beraten, wenn die Regierung sie einbringen sollte. Es ist deshalb nicht wahrscheinlich, daß die Regierung schon direkt im Herbst die Gewerbeordnungsnovelle zur Einbringung wird; auch wohl aus dem Grunde, weil man nicht den industriellen Arbeitgebern soviel Sozialpolitik auf einmal verabreichen will. Im Jahre 1912 geht die Legislaturperiode zu Ende und es stehen somit nur noch zwei Sessionen zur Verfügung, um die schwebenden sozialpolitischen Gesetze unter Dach und Fach zu bringen. Man darf wohl hoffen, daß vor dem Ablauf der Legislaturperiode seitens der Regierung der ernsthafteste Versuch gemacht wird, wenigstens die Gewerbeordnungsnovelle unter Dach und Fach zu bringen.

Was die Arbeitskammervorlage anbelangt, so enthält dieselbe bekanntlich einen schlimmen Konfliktspunkt. Die Kommission hat beschlossen, daß auch die Beamten der Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitersekretäre, sowie die Beamten der Arbeitgeberverbände in die Arbeitskammern gewählt werden können, und zwar soll ihre Zahl ein Viertel der gesamten Mitgliederziffer nicht überschreiten. Die Regierung hat das als unannehmbar erklärt, trotzdem die nächst interessierten Arbeitervertreter, soweit sie bisher in der Tarifbewegung Erfahrung gesammelt haben, entschieden für die Zulassung der Arbeiterbeamten eingetreten sind. So u. a. erklärte sich der Vorstand des Verbandes deutscher Innungsaussschüsse in einer Besprechung mit den Mitgliedern der Kommission mit aller Entschiedenheit für die Zulassung der Beamten der Arbeiterorganisationen und Arbeitgeberverbände. Dieselben erklärten rundweg, daß sie sich nur dann eine erprießliche Verhandlung in denselben versprechen könnten, wenn die verantwortlichen Leiter der Organisationen mit in denselben tätig seien. Ob die Regierung an ihrem „Nein“ festgehalten hätte, auch im Plenum, hat nicht festgestellt werden können, da, wie gesagt, die Vorlage mit Schluß des Reichstages unter den Tisch gefallen ist. So weit wir aber orientiert sind, legt auch die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung die Zulassung der Arbeiterbeamten das allergrößte Gewicht bei. Wenn deshalb die Regierung sich nicht entschließen könnte, bei Neueinbringung der Vorlage in diesem Punkte den Kommissionsbeschlüssen beizutreten, so wäre es vielleicht besser, sie würde die Arbeitskammervorlage solange zurückhalten, bis die Verhältnisse sich günstiger gestaltet haben. Die Regierung wird in ihrem Widerstand gegen den Arbeitersekretärparagrafen im wesentlichen bestärkt und veranlaßt durch die Großindustrie. Für die letztere hat ja auch die Arbeitskammervorlage die wesentlichste Bedeutung. Wir glauben, annehmen zu dürfen, daß auch in einigen Jahren die Großindustrie zur Erkenntnis gekommen sein wird, daß die Arbeitskammer ohne die Mitwirkung von Beamten der beiderseitigen Organisationen nicht das erfüllen können, was man von ihnen erwartet. Und wenn die Großindustrie sich hartnäckig der besseren Erkenntnis verschließt, so müssen wir von der Regierung verlangen, daß sie den Mut der Tat hat und einmal gegen den Willen der mächtigen Industrieherrn das Arbeitskammergesetz durchführt. Jedenfalls ist die christlich-nationale Arbeiterbewegung darin einig, daß ohne die Zulassung der Arbeitersekretäre das ganze Gesetz wesentlich an Bedeutung für sie verliert.

Anders steht es mit der Gewerbeordnungsnovelle. Gegen die Beschlüsse der Kommission haben ja die interessierten industriellen Verbände auch nach mancher Richtung hin protestiert. Ganz besonders haben sich die Metallkammern darin hervorgetan. In der Kommission selbst war die Industrie sehr gut vertreten, und mit mandanten dieser Vertreter ließ sich eine Verständigung für manche wichtige Verbesserungen erzielen. Wir glauben deshalb, daß die Gewerbeordnungsnovelle in ihrer gesetzlichen Verabschiedung keinen erheblichen Schwierigkeiten begegnet wäre. Die Beschlüsse der Kommission zuhalten zwar ebenfalls

verschiedene Punkte, bei denen die Regierung ihr Unannehmbar gesprochen hat. So u. a. in der Frage der Konkurrenzklausel der Angestellten und in der Bestimmung, daß die Privatbeamten neben ihrem Gehalt Anspruch auf die Leistungen der Krankenkassen und Versicherungen haben sollen. Die letztere Bestimmung ist schon einmal gescheitert bei Beratung des § 63 des Handelsgesetzbuches. Man würde an ihr vielleicht die Vorlage nicht scheitern lassen. Bezüglich der Konkurrenzklausel wird sich, ohne daß die jetzigen Beschlüsse erheblich beeinträchtigt werden, eine Verständigung finden lassen. Alle anderen, zum Teil ganz erheblichen Verbesserungen der Vorlage dürften keinen unüberwindlichen Widerstand finden. Es wäre deshalb wohl zu erwägen, ob nicht die Regierung trotz der Versicherungsordnung wenigstens die Gewerbeordnungs-Novelle wieder einbrächte, und zwar in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse. In diesem Falle würden sich lange Beratungen erübrigen. Die Parteien würden sich ohne Schwierigkeiten verständigen können und in all den Punkten auf detaillierte Beratungen verzichten, wo die neue Vorlage den Beschlüssen der Kommission entsprechen würde.

Am bedauerlichsten ist nämlich, daß mit der großen Gewerbeordnungs-Novelle vor allen Dingen der Heimarbeiterschutz gefallen ist. Gerade den Heimarbeitern zu Liebe, die seit Jahren um einen größeren gesetzlichen Schutz ringen, wäre zu wünschen gewesen, daß die Vorlage hätte verabschiedet werden können. Es wurde auch in der Kommission der Versuch gemacht, den Heimarbeiterschutz aus der ganzen Vorlage herauszuheben und gesondert zu beraten, ähnlich wie der Rohnämtertag der Arbeiterinnen. Es ließ sich aber leider eine Verständigung darüber nicht erzielen. Auch der Heimarbeiterschutz bietet nennenswerte Schwierigkeiten außer den Rohnämtern nicht mehr. Die Rohnämter sind allerdings die kritische Frage. Wir werden darauf nächstens noch eingehender zurückkommen. Aber auch hier dürfte bei allseitigem guten Willen eine Verständigung gefunden werden, zumal bei den Parteien in ihrer Mehrheit die Bereitwilligkeit besteht, in irgend einer Form der Festsetzung der Löhne in der Heimindustrie eine gesetzliche Basis zu geben. Nur über die Form gehen die Ansichten auseinander. Die Regierung scheut hauptsächlich die Verantwortung, welche ihr mit der Errichtung der Rohnämter aufgebürdet würde.

Also man soll den Versuch machen, neben der Versicherungsordnung die Gewerbeordnungs-Novelle mit zu erledigen. Wenn die Parteien sich die nötige Beschränkung auferlegen, dann muß es gelingen.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Juli 1909).

Metall- und Maschinenindustrie.

In der Robblenerzeugung ist nach einem Bericht aus Oberschlesien eine Verbesserung eingetreten. Die Verädung hielt sich auf der Höhe des Monats Juli 1908 und war erheblich stärker als im Vormonate. Der Mangel an inländischen Arbeitern hielt in allen Betrieben an. In Westdeutschland war die Beschäftigung, soweit darüber berichtet ist, gegen den Vormonat unverändert. Der Absatz war etwas stärker. Es war ein außerordentlich starkes Angebot von Arbeitskräften zu verzeichnen. In den mitteldeutschen Eisenwerken hat sich eine Veränderung der Lage nicht herausgestellt. Die bayerischen fiskalischen Werke waren normal beschäftigt.

Ueber den Geschäftsgang in den Stahl- und Walzwerken berichtet der Stahlwerksverband, daß sich die Beschäftigung der Verbandswerke in Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen ungefähr im Umfange des Vormonats hielt; der Versand war 20 172 t niedriger, wovon auf Eisenbahnmaterial allein 12 500 t entfielen. Die Beschäftigung war etwas besser wie im Juli 1908.

Im übrigen wird von den westdeutschen Werken über ungenügenden Geschäftsgang, teilweise sogar über Verschlechterung gegenüber dem Vormonate berichtet. Ähnlich lautende Berichte kamen aus Oberschlesien und aus Sachsen.

Die Röhrenwalzwerke waren nach einem Bericht aus Westdeutschland gut beschäftigt.

Unverändert schwach, zum Teil schwächer als im Vormonate, war der Geschäftsgang der Blechwalzwerke.

Die Eisengießereien waren, soweit die eingegangenen Berichte ein Bild geben, in Südwestdeutschland, wie auch im vorigen Juli schlecht beschäftigt, so daß Feierschichten nicht vermieden werden konnten. Dagegen lauten die Berichte sächsischer Gießereien günstig; ebenso hatten die süddeutschen Gießereien mit wenigen Ausnahmen gut zu tun.

Die Berichte aus der Drahtindustrie lassen erhebliche Veränderungen gegenüber dem Vormonate nicht erkennen.

In der Breslauer Kleinindustrie (Schrauben, Muttern, Nieten usw.) trat gegenüber dem Vormonate eine leichte Besserung ein. In der Nürnberg- und Metallspielwaren- und dergleichen) hielt der im Monate Juni eingetretene etwas lebhaftere Geschäftsgang an. Das im vorigen Monate noch vorhandene Ueberangebot an Arbeitskräften hat abgenommen.

Die Berichte aus dem allgemeinen Maschinenbau geben kein einheitliches Bild. Zimmer-

hin läßt sich sagen, daß überlegend eine mehr oder weniger starke Belebung des Geschäftsganges eingetreten ist; Verschlechterungen sind jedenfalls nicht gemeldet worden. Das Arbeiterangebot war teilweise immer noch größer als die Nachfrage. Vereinzelt, namentlich in Süddeutschland, fehlten indessen noch hochqualifizierte Arbeiter. Feierschichten sind nirgends gemeldet worden, dagegen wurden hin und wieder Ueberstunden eingelegt.

Die Dampfkegel- und Armaturwerkstätten klagten fast sämtlich über ungenügende Beschäftigung, so daß teilweise Verkürzungen der Arbeitszeit notwendig waren. Auch bei den Werken, die einigermaßen ausreichend beschäftigt waren, machte sich ein Rückgang der Aufträge bemerkbar. Die Berichte über den Brückenbau und Eisenkonstruktionsbau geben das gleiche Bild.

Die Betriebe für Hebezeuge und Transportanlagen waren nach den eingegangenen Berichten gut beschäftigt. Das gleiche gilt, soweit Maschinen für die Textilindustrie in Frage kommen.

Ueber den Geschäftsgang im Bergwerksmaschinenbau läßt sich kein einheitliches Bild gewinnen. Jedoch scheint eine Veränderung gegenüber dem Vormonate sich nicht herausgestellt zu haben. Die Betriebe für den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen hatten teilweise unter der ungünstigen Witterung, welche die Getreideernte hinten anhielt, zu leiden.

Aus der Lokomotivbauindustrie lautet die Mehrzahl der eingegangenen Berichte ungünstig, ebenso aus der Eisenbahnwagenindustrie, in der zum Teil eine Verlingerung der Arbeiterzahl notwendig wurde.

Die Automobilfabriken waren andauernd gut beschäftigt. Vielfach liefen die Aufträge zahlreicher und leichter ein als im Vorjahre.

Elektrische Industrie.

Die Berichte über den Geschäftsgang in den Betrieben für Dynamomaschinen, Elektromotoren und Akkumulatoren lauten sehr verschlechtert. Eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate wird nur vereinzelt berichtet, dagegen über ein Abflauen der im Anfange des Monats ziemlich regen Nachfrage. Zustrebend spricht sich ein Bericht über die Telephon- und Telegraphenwerke aus.

Noch immer nicht befriedigend war nach den eingegangenen Berichten der Geschäftsgang in der Kabelindustrie, wenngleich vereinzelt eine leichte Besserung eingetreten ist.

Die Lage in der Beleuchtungsindustrie hat sich gegen den Vormonat nicht verändert.

Die Fabriken für elektrische und galvanische Kohlen hatten teilweise sehr zahlreiche Aufträge, so daß vielfach eine Vermehrung der Arbeiterzahl notwendig wurde. Ein Andauern dieses Aufschwunges wird jedoch nicht erwartet. Günstig lautet ein Bericht aus Bayern über die Herstellung elektro-medizinischer Apparate.

Zur Lage der Zechenmetallarbeiter.

In der Nummer 33 unseres Organs haben wir schon über die Lage der Zechenmetallarbeiter berichtet. Noch ein Artikel genügt nicht, um ein klares Bild zu entwerfen, von all dem Elend, welches unter den Arbeitern der verschiedenen Berufe über Tage herrscht.

Betrachten wir uns zunächst einmal die Maschinen in der Zentrale, an der Fördermaschine, am Ventilator, Kompressor. Abgemattet und angegriffen infolge der langen Arbeitszeit (12 Stunden) und der großen Hitze welche in den Maschinenräumen herrscht, üben dieselben ihre verantwortungsvolle Tätigkeit aus. Dazu kommt noch, daß sie jeden 2. Sonntag 24 Stunden in diesen, von Dunst durchschwärmten Räumen aushalten müssen bei der Herz und Gemüt abschumpfen Arbeit. Keine Oftern, keine Pfingsten, keine Weihnachten. Wenn andere sich im Kreise ihrer Lieben, oder in Gottes freier Natur freuen, sitzen die Maschinisten der modernen, gewinnbringenden Tagesbetriebe hinter den Zechenmauern im Maschinengetöse. Da die Maschinen nicht ohne Ueberwachung arbeiten dürfen, ist es diesen Arbeitern nicht einmal möglich, Luft zu schöpfen. Läge es da nicht im Interesse der Zechenbesitzer selbst, wenn sie dafür sorgten, daß an den Maschinenhallen Vorrichtungen getroffen würden, womit die gesundheitschädlichen Dünste aus den Räumen entfernt werden könnten und stets frische Luft zugeführt würde. Meistens aber fehlen solche Vorrichtungen, geändert wird auch nichts, da die unteren Vorgesetzten aus Furcht oder bössiger Abergläubigkeit es nicht wagen, derartiges abzustellen.

Auch eine bessere Entlohnung läge im Interesse der Werke, denn gerade die Maschinisten bilden das Stammpersonal der Zechentagesbetriebe. Nur ruhige,

gewissenhafte Leute können für diesen Dienst in Betracht kommen, da jede fahrlässige Tätigkeit großen Schaden zur Folge haben kann.

Wenden wir uns jetzt einem anderen Berufe zu, den Kesselwärtern. Auch diesen Arbeitern werden täglich 12 Stunden (vielfach ohne Mittagspause) die Kesselhäuser anvertraut. Wie leicht kann auch hier infolge Ueberanstrengung ein Unglück schlimmster Art, (Kesselexplosion) entstehen. Ebenso verhält es sich mit den Heizern. Gerade auf den Zechen, wo man an der Quelle sitzt, erhalten die Leute Kohlen zum Heizen, die jeder Beschreibung spotten. Was dann die Kohlen nicht besorgen können, besorgt gewöhnlich der Maschinensteiger, nämlich Dampf und zwar durch fortwährendes Antreiben in allen Tonarten und mit allen Krastausbrüchen. Durch die große Hitze gezwungen, trinken vielfach diese Arbeiter das kalte Wasser bei überhitztem Körper. Oft kommt es vor, daß die Leute dann nachher von Mattigkeit überfallen werden. In dieser Hinsicht könnte bei etwas gutem Willen der Betriebsleitung Abhilfe geschaffen werden durch Beschaffung anderer Getränke.

Soweit ein kurzes Bild über die Mißstände in den angeführten Berufen. Ueber die Lage der anderen Berufe der Zechentagesarbeiter läßt sich auch Manches berichten. (Arbeiter auf den Kokereien usw.) Nochmals rufen wir den Zechentagesarbeitern zu: „Wollt Ihr, das es anders wird, dann hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.“

Die Bezirkskonferenz des mitteldeutschen Agitationsbezirks

III.

In Lautenthal war es uns im Oktober möglich, eine Ortsgruppe unseres Verbandes zu gründen, die sich anfänglich gut zu entwickeln schien, aber durch die heimliche Gegenwart sogenannter „besserer Arbeiter“ und sonstiger Faktoren augenblicklich sehr an der Entwicklung gehemmt wird. Besonders scharf sieht man unseren führenden Kollegen dort auf die Finger, unser Ortsgruppenleiter hat schon durch eine zweimalige ungeschickte Verstrafung den Einfluß dieser Gegenströmung am eigenen Leibe erfahren können. Daß gerade auf der Lautenthaler Silberhütte manches im argen liegt, beweist uns die Tatsache, daß hier ein Mann im Monat Dezember 08 47 Schichten verfahren durfte. Krankentragsahre und ähnliche Dinge kannte man sonst hier nicht, durch unser Verbands Eingreifen wurden diese Dinge beschafft. Da auch in unserem Verbandsorgan verschiedentlich die dortigen Zustände beleuchtet worden sind, so begreift man die Stimmung, die gewisse Persönlichkeiten gegen unsere Organisation heisst.

In Verbach auf der Eisenhütte war es ebenfalls möglich, Fuß zu fassen, und haben wir zurzeit annähernd ein halbes Hundert Mitglieder dort. In der Deherei und Schlosserei konnte bereits trotz der Jugend der Organisation eine bessere Bezahlung der Ueberstundenarbeit erzielt werden. Unter dem 27. Mai 09 wurde seitens der Bezirksleitung Herr Hüttendirektor Berggrat Rathuhn ersucht, den Drechern, Schlossern und Schmieden die Möglichkeit zu geben, ihren Lohn selbst nachrechnen zu können. Außerdem wurde gebeten, die Arbeiter in die ihrem Verdienst entsprechende Klasse der Alters- und Invalidenversicherung einzustellen. Des weiteren wurde das Oberbergamt Clausthal in einer Eingabe von seitens unseres Verbandes darauf hingewiesen, daß die fiskalischen Betriebe ihren Bedarf an Gußwaren zum großen Teil bei der Privatindustrie decken, anstatt bei Bedarf die fiskalische Hütte zu Verbach zu berücksichtigen, und dadurch dort Feierschichten eingelegt werden müssen, da die Arbeit äußerst knapp ist. Bis jetzt ist auf diesen Wunsch eine Antwort des Oberbergamts noch nicht erfolgt. Es wird aber seitens der Arbeiter allerhand Vermutungen Ausdruck gegeben, aus welchen Gründen die fiskalische Eisenhütte bei der Vergabung der Aufträge übergangen wird, doch soll heute in dem Bericht nichts weiter darüber niedergelegt werden, aber zur Ehre gereicht das, was so auf diese Weise durchsickert, den betreffenden Personen kaum.

Auf allen fiskalischen Hüttenwerken ist der Lohn äußerst knapp, der Raum gestattete uns nicht, näher darauf einzugehen und Lohnstatistiken bezugeben, aber die Hüttenleute vor allen Dingen sollten noch mehr wie bisher den Weg in die Organisation finden, damit möglichst bald eine Reform der Hüttenarbeiterverhältnisse herbeigeführt werden könnte.

Besondere Beachtung, auch in der weitesten Definitivität, fand die am 25. April 1909 in Lautenthal stattgefundene Konferenz der Hüttenleute, über deren Verlauf die Tagespresse und unser Verbandsorgan ausführlich berichtet haben, so daß ein näheres Eingehen darauf sich hier wohl erübrigen dürfte. Die 2. Konferenz wird demnächst in Clausthal stattfinden.

Sobiel über die Hüttenleute und über die dort herrschenden Verhältnisse; nunmehr wenden wir uns den übrigen Gruppen des Bezirkes zu.

Im ganzen Bezirk, abgesehen vom Harzstättengebiet, war die wirtschaftliche Krise nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung unseres Verbandes. Besonders schwer wurde die Emailleindustrie betroffen, was besonders in der Entwicklung unserer Verwaltungsstelle Thale a. S. in die Erscheinung trat. Das dortige Hüttenwerk produziert in Emaillewaren fast ein Fünftel des Bedarfs auf dem Weltmarkt, 1908 blieben die Auslandsaufträge halb ganz aus. Es heißt darüber in dem Geschäftsbericht: „Speziell in den Fabrikaten der Geschirrfabrik machte sich eine Abschwächung des Bedarfs besonders fühlbar, indem die geordneten großen Auslandsaufträge fast völlig ausblieben. Da es nicht möglich war, hierfür Ersatz im Inlande zu schaffen, so mußten wir im 4. Quartal des Berichtsjahres in dieser Abteilung zeitweise größere Betriebsbeschränkungen vornehmen.“ Es wurden eine große Anzahl Arbeiter entlassen, 60 bis 80 Mann; andererseits wurden aus dem Stanzwerk eine große Zahl Arbeiter, etwa 80 Mann, im Walzwerk und auf dem Hüttenplatz beschäftigt. Die schwere anstrengende Arbeit waren die Leute nicht gewohnt, so daß viele Arbeiter daher die Wehr nahmen, was wohl von vornherein in der Berechnung der Werkleute eine Rolle gespielt haben dürfte. Die Löhne sind daher auch entsprechend gesunken und auch das Ergebnis des Werks war laut Geschäftsberichts unbefriedigend. Es wird das unbefriedigende Ergebnis auf die Tatsache mit zurückgeführt, daß das Werk für seine Brennstoffe rund 100 000 Mark mehr ausgeben mußte, wie sonst. Es heißt darüber im Geschäftsbericht: „Die Preise stellten sich 50—70 Mfl. pro Wagon höher, als die unseres vorangegangenen Jahresabschlusses, dabei war die Qualität trotz aller Reklamationen fortgesetzt eine für unsere Zwecke wenig geeignete.“ Daß naturgemäß die Werte durch Lohnreduzierung die Folgen der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen versuchten, liegt klar auf der Hand. Wer nicht nur die wirtschaftliche Depression hat ungünstig auf die Entwicklung unserer Ortsgruppe eingewirkt, sondern das Treiben der Fachabteilung, der polnischen Berufsvereinerung sowie innere Streitigkeiten haben uns mehr wie äußere Schwierigkeiten geschadet, seit einiger Zeit ist es ja nun erfreulicherweise besser geworden; und haben wir nun wieder Fortschritte zu verzeichnen.

In Wolfenbüttel und Braunschweig geht es sehr langsam vorwärts, weil wir dort eigentlich etwas zu spät eingestiegen und nun gegen den sozialdemokratischen Terrorismus schwer zu kämpfen haben. In Wolfenbüttel war im Mai 08 eine Bewegung auf der Maschinenfabrik Ehrhardt u. Co., weil die sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter infolge der Maßregel ausgesperrt waren und wir uns nicht an der Bewegung beteiligten, so daß die ganze Angelegenheit resultatlos verlief. Aber immerhin könnten wir auch dort etwas weiter sein, wenn alle Kollegen eifrig mitwirkten und nicht alle Arbeit dem Vorstand überlassen bliebe.

In Hötensleben und Helmstedt fehlt es auch noch in mancher Beziehung. In Hötensleben herrschen auf der Grube Treue, wo mehrere unserer Mitglieder Lokomotivführer sind; Verhältnisse, die sehr der Abänderung bedürfen. Da aber seitens der Verwaltung mit aller Strenge gegen die organisierten Bestrebungen der Gewerkschaften vorgegangen wird; so wird uns und den wenigen organisierten Kollegen die Arbeit sehr erschwert. Im Berichtsjahr mußte ein Kollege eine Lohnforderung gerichtlich gegen die Firma Döring und Lehmann einbringen; die Summe betrug 185,52 Mfl. Die Firma klagte auf Schadenersatz und unser Kollege hat den Prozeß verloren. Es zeigt sich hier so recht, wie dringend nötig ein Gewerbegericht ist, damit derartige Klagen schnell erledigt werden können und nicht wochen- und monatelang die ordentlichen Gerichte sich damit befassen müssen.

Ein unerfreuliches Bild bieten auch die Verhältnisse in Magdeburg. Allerdings haben wir uns in bezug auf die Mitgliederzahlen halten können, aber für eine Industriestadt wie Magdeburg-Budau ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend. Auch hier haben wir wie in Braunschweig mit einer starken sozialdemokratischen Bewegung zu rechnen, aber auch hier sind, genau so wie es in Braunschweig der Fall ist, mit der gelben Bewegung uns weitere Schwierigkeiten erwachsen. Bei der großen Arbeitslosigkeit im letzten Winter wurden seitens der meisten Firmen nur solche Leute eingestellt, die eine Legitimationskarte des gelben Arbeitsnachweises hatten und Mitglieder der Gelben geworden waren. Besonders geht und geflegt werden die Gelben bei den Kruppischen Grusonwerken, obwohl die Zahl der Beschäftigten gegenüber der Hochkonjunktur um über 33 1/2 Proz. gefallen ist. Daß da mancher ehrliche Arbeiter, um Arbeit und Brot zu behalten, Verrat an seiner inneren Überzeugung begehen muß, liegt sehr nahe.

Die Maschinenbauanstalt R. Wolf hat sich vorgenannte Firma scheinbar zum Muster genommen. Auch da werden ältere Leute entlassen, wenn sie nicht Bestimmungslumperei treiben und zu den „Gelben“ übergehen wollen. Letzgenannte Firma hat im Berichtsjahr auch eine Pensionskasse gegründet, um die freie Meinungsäußerung ihrer Arbeiter noch mehr zu unterbinden. Beim Kruppischen Grusonwerk

traten am 11. März 09 60 Former der Stahlgießerei in den Streik, worunter auch wir sieben Kollegen hatten. Nach kurzer Zeit nahm die Firma die angeforderten Nachbesserungen zurück und die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Durch den Streik waren auch 50—60 Hilfsarbeiter arbeitslos geworden, und bei längerer Dauer hätte die Bewegung noch weitere Wellen geschlagen.

Auch bei der Maschinenfabrik Budau traten die Former im letzten April 09 in den Streik, weil für sogenannte Hängeböcke Nachbesserungen vorgenommen wurden. Nachdem durch Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß die Firma erklärte, die ganzen Differenzen beruhten auf einem Mißverständnis, wurde, nachdem die Firma wieder Zugeständnisse gemacht, der Kampf nach 14 tägiger Dauer beendet. Hierbei zeigt sich, daß auf die Gelben durchaus kein Verlaß ist und die Väter der Gelben nicht viel Freude an ihren Schützlingen haben dürften, denn auch die Gelben streikten mit der Firma Schäffer u. Wundenberg verhandelte ebenfalls durch Lohn- bezw. Nachbesserungen den Arbeitern das Fortkommen zu erschweren.

Was für die Bezirksleitung bei Bewegungen erschwerend wirkt, ist mangelhafte Berichterstattung seitens der Ortsgruppen.

In Magdeburg sind die freien Gewerkschaften zurückgegangen. Laut einem Bericht in der „Volkstimme“ vom 22. April 1909 betrug der Mitgliederverlust der Bauarbeiter und der Metallarbeiter 609 Mann. Für die Ortsgruppe Salze-Werkstätten, die um einige Mitglieder zugenommen hat, gilt das unter Magdeburg Gesagte. Hoffentlich gelingt es uns, demnächst auch im Bezirk Magdeburg nicht nur unseren Bestehenden zu behaupten, sondern auch noch neue Mitkämpfer hinzu zu bekommen. In Leopoldshall-Stafffurt scheinen sich für uns Aussichten zu eröffnen.

In Erfelde war es gelungen, die eingegangene Ortsgruppe wieder neu zu gründen. In Betracht kommen 2 Schloßfabriken mit etwa 80—100 Arbeiter. Bei der Firma Wode waren im Laufe des Winters fortgesetzt Reduzierungen der Arbeiter erfolgt, der Versuch, durch die Bezirksleitung mündliche Verhandlungen herbeizuführen, scheiterte an der ablehnenden Haltung des Firmeninhabers. Daraufhin wurden am 1. April 1909 die Wünsche der Kollegen schriftlich eingereicht, die der Unternehmer mit der Kündigung eines Kollegen beantwortete, worauf sämtliche organisierte Kollegen, 7 an der Zahl, die Kündigung einreichten. Am 17. April war die Kündigung abgelaufen. Am 19. April fanden dann die Verhandlungen statt. Der Unternehmer gab die Zusicherung, daß die Mißstände nach Möglichkeit beseitigt und auch bezüglich der Löhne Würdigung zugesagt, sodas am 20. April die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Außerdem haben wir in der Tagespresse verschiedentlich vor den Betrieben gewarnt, damit sich nicht so viel junge Leute als Schlosserlehrlinge melden, denn bei der Lehrlingszuchterei, die dort im Großen betrieben wird, kann kein tüchtiger Schlosser herangebildet werden. Trotzdem wir seitens der Bezirksleitung keine Kosten gescheut haben, sind nun die Kollegen doch wieder abgesprungen, sodas wir nur Recht daran getan, in keinen Streik dort einzutreten; es wäre weggeworfenes Geld gewesen. Die Kollegen müssen erst noch zur Einsicht kommen.

In Kassel sind wir noch sehr schwach vertreten, aber wir müssen auf die benachbarten Ortschaften unser Augenmerk richten, da anscheinend dort noch ein Feld für uns ist.

In der Ortsgruppe Dingelstädt ist mit dem neuen Jahr ein neuer Geist eingezogen. Nachdem zwei Jahre lang wir dort mit 7 Mitgliedern dahin wankten, hat die Firma Gebrüder Ufer, Feilenfabrik dort selbst, daß die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit aufgestöhlet wurden. Vor Jahren war die Arbeiterschaft fast durchweg gut organisiert, auch konnte damals eine 5-prozentige Wohnzulage erreicht werden. Nunmehr glauben die Arbeiter, keine Organisation mehr nötig zu haben, sodas die Firma, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen, Ende 1908 die Arbeiter mit Abzug von 12 Prozent und den Schmeiden ein solches von 10 Prozent angefülligt. Weil die Organisation vernachlässigt worden war, mußte die Arbeiterschaft sich einfach fügen; doch fand ein großer Teil den Weg in die Organisation wieder zurück. Der Firma paßte dieser Erfolg ihres Vorgehens nicht so ganz, man versuchte durch Gründung einer Unterstützungskasse die Organisation zu vernichten. Man hatte sich die Sache so gedacht, daß die Firma 20 Pf. pro Woche und Kopf und die Arbeiter 60 Pf. wöchentlichen Beitrag zahlen sollten. Die auf diese Weise angesammelten Gelder sollten dann alljährlich zu Weihnachten an die Arbeiter verteilt werden. Dieser „feine“ Plan wurde natürlich von der Arbeiterschaft abgelehnt, man wollte sich nicht einfach dem Wohlwollen des Unternehmers ausliefern. Die Kollegen haben sich sogar das Recht erzwungen, daß sie nun einen Arbeiterausschuß gewählt haben, der von der Firma auch anerkannt ist. Hoffentlich sorgen die Kollegen durch treues Zusammenhalten und nimmer ruhende Werbarbeit dafür, daß hinter dem Fingergelb die organisierte Arbeiterschaft steht, um demselben auch die Möglichkeit zu geben, im Interesse der Kollegen wirken zu können.

Die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen finden wir dann mit in Seligental bei Schmalkalden. Es herrscht dort die Kleinteileindustrie, Ringe, Ketten, Trensen, und dergleichen werden fabriziert. Es kommen 7 Betriebe mit 36—40 Kollegen in Frage. In der flotten Zeit ist der Lohn sehr niedrig bei oft 12—13—15 stündiger Arbeitszeit, jetzt muß es schon gut gehen, wenn 10—12 Mark pro Woche herausgeschlagen werden sollen. Daran ist zum erheblichen Teil die Unenigkeit der Schmiebe schuld, die sich gegen einander auspielen lassen. Auch die Kleineren Schmiedemeister verderben sich gegenseitig die Preise, zu wahren Hungerpreisen werden sehr oft Aufträge übernommen. Anstatt nun aber an der Organisation festzuhalten, um bei gegebener Zeit bessere Verhältnisse erringen zu können, kehren ein Teil der organisierten Kollegen uns den Rücken, obwohl auch dort schon durch den Einfluß der Organisation verschiedenes geessert wurde und bei größerer Einigkeit noch bedeutendes geholt werden könnte.

In Mühlhausen i. Thg. ist ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, obwohl auch dort die Arbeitslosigkeit recht mäßig ist. Wenn trotzdem in den Orten Thüringens für uns noch kleine Fortschritte möglich sind, so beweist das, daß die Kollegen auf dem Posten waren. Bei der Firma Walter u. Comp. brachen im November 1908 Differenzen aus, weil die Arbeiter sich Feilen, Bohrer, Pinsel, Handseger usw. selbst stellen, d. h. von der Firma kaufen sollten. Von uns kamen 3 Kollegen in Betracht. Unsern Verband ist seitens des sozialdemokratischen Verbandes keine Mitteilung in dieser Sache gemacht, die drei sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder wurden rausgeworfen, nichts ist dagegen seitens der Genossen unternommen worden, ganz stillschweigend ist die Geschichte im Sande verlaufen.

Durch Wegzug unseres Vorsitzenden von Mühlhausen nach Erfurt haben wir auch dort Ansätze unserer Organisation, hoffentlich gewinnen wir auch dort immer mehr Boden.

In Eisenach ist durch die schlechte Geschäftslage auf der Fahrzeugfabrik für sämtliche Gewerkschaftsrichtungen ein Stillstand, ja sogar ein erheblicher Rückschlag zu verzeichnen, unter dem auch wir zu leiden haben. Da die Bestellungen in Kriegsmaterial recht dürftig sind und auch keine Verbesserung zu erwarten ist, so dürfte der kommende Winter den verflochtenen zu Widerwärtigkeiten noch übertreffen und die Lage der Arbeiter noch immer mehr verschlechtert werden.

Zuletzt sei noch erwähnt, daß durch unsern Kollegen Kümmele vom Textilarbeiterverband in Greiz i. B. für unsern Verband eine wenn auch vorerst noch keine Ortsgruppe unseres Verbandes gegründet wurde, in der dortigen Gegend ist auch die Möglichkeit gegeben, für unsere Organisation noch mehr herauszuholen.

Auch in den durch Aufteilung des bisherigen Bezirks Bielefeld unserem Bezirk angeschlossenen Verwaltungsstellen haben gerade in der letzten Zeit mehrere Bewegungen stattgefunden; die so recht den Beweis lieferten, wie ängstlich bemüht einige sozialdemokratische Verbände sind, ernstlichen Kämpfen aus dem Wege zu gehen.

In Herford i. W. war vor etwa 2 Jahren es möglich gewesen, einen Arbeiterausschuß bei der Firma Nieberg u. Gutenberg zur Anerkennung zu bringen. Im April d. J. kündigte die Firma 7 im sozialdemokratischen Verbände organisierten Formern; darunter auch dem Vorsitzenden des Arbeiter-Ausschusses. Darüber herrschte begreiflicherweise unter der Arbeiterschaft große Erregung; in mehreren Werkstatteversammlungen wurde beschlossen, gegen ein solches Vorgehen der Firma, Gegenmaßregeln zu ergreifen, in der Vertretung unserer Bezirksleitung wurde Kollege Köbs-Bielefeld und für die sozialdemokratischen Metallarbeiter Spiegel-Düsseldorf vorstellig, aber ohne Erfolg. Am Freitag, den 23. April sollte dann die entscheidende Versammlung sein; in der ev. der Streik beschlossen werden sollte. Wir unsererseits, hatten die Genehmigung der Zentrale, in einen Kampf einzutreten; obwohl wir bisher daran gar nicht beteiligt waren. Der Bezirksleiter Spiegel vom sozialdemokratischen Verband blieb aus; fandte auch keinen Vertreter; sodas die rotorganisierten Kollegen der Mut verloren und bei der Abstimmung ein klägliches Resultat herauskam. Von 63 anwesenden Kollegen stimmten 47 mit ja, also für den Streik, 15 dagegen; einer hatte sich der Abstimmung enthalten. Die Sozialdemokraten selbst erklärten; die „Meinungen“ läßen nicht bei den „Christlichen“ sondern bei den „Freien“. Wir gegenüber erklärte der entlassene Ausschußvorsitzende; Spiegel habe diesen Ausgang der Angelegenheit verschuldet.

Auf der Wesehütte bei Dehrhaußen, wo seit Anfangs Mai eine Bewegung im Gange ist, kommen wir mit 15 Kollegen in Frage, gegenüber etwa 45 Hirsch-Dunderich und 58 sozialdemokratisch organisierten. Die Firma hat ein Verhandeln mit den Vertretern der Organisation abgelehnt und sich bereit erklärt, mit einer von den Arbeitern gewählten Kommission zu verhandeln. Die Kommission ist denn auch am 27. Juli gewählt worden; von jeder Richtung zwei Kollegen; am Schluß der Versammlung erklärte ein

H.-D. Kommissionsmitglied, er ginge nicht mit und trat aus der Kommission aus, da die H.-D. kein anderes Mitglied in die Kommission stellen konnten, blieb eben von der Formerei der H.-D. Verband unvertreten.

In Sildeheim war bei der Firma Eduard Hübner, wofür selbst Wollereimaschinen hergestellt werden, über schlechte Behandlung und niedrige Löhne seit längerer Zeit lebhaft Klage geführt worden; die älteren Leute beschwerten sich, daß den jüngeren frisch eingestellten Kräften ein höherer Stundenlohn bezahlt würde, wie den länger dort Beschäftigten. Der Betriebsleiter hatte einer Kommission geraten, die Kollegen sollten einzeln kommen, es würde eine Regelung der Löhne dann erfolgen. Wir unsererseits hätten die Genehmigung auch zu einem eventl. Kampf seitens unserer Zentrale, in der Sitzung am 25. Mai mußte der sozialdemokratische Beamte Jänisch-Hilbesheim erklären, daß die sozialdemokratische Leitung nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt sei von dem geplanten Vorgehen, am 10. Mai sei es beschlossen worden und am 11. Mai seien schon die Forderungen eingereicht worden. Im übrigen bestritt er, daß alle Kollegen wußten, was sie wollten!

Die Sache ist bis jetzt resultatlos verlaufen; ein merkwürdiger Umstand ist es immerhin, wenn ein Lokalbeamter nicht weiß, was in der Verwaltungsstelle, die ihm untersteht, vorgeht, wie es hier bei Jänisch in Bezug auf Hübner der Fall war.

Auf der Hammanchen Eisengießerei in Andalen bei Misburg entstanden Differenzen zwischen den Kernmachern und der Firma, weil infolge Einführung des Maschinenbetriebes Akkordarbeiten vorgenommen wurden, pro Kern 8-13 Pfg. Bei Handbetrieb waren vier Mann am Kernmachen beschäftigt, beim Maschinenbetrieb nur drei Mann, und sollte der erste Mann 35, der zweite 32 und der dritte 30 Pfg. Stundenlohn beziehen, es kommen aber die Leute im Akkord nicht zu diesem Lohn, sondern höchstens auf 2,90 M., worauf die Kollegen kündigten. Die Kündigungszeit war am 26. Juni 09 abgelaufen. An demselben Tage schon stellte die Firma rot organisierte Hilfsarbeiter an die Plätze der Entlassenen, erst auf Vorkaufung unserer Ältesten ließen die sozialdemokratisch organisierten Hilfsarbeiter vom Streik ab. Die Arbeiter haben sich mit der Firma dahin geeinigt, es einige Monate mit der neuen Einrichtung zu versuchen, geht's dann nicht, soll Abhilfe geschaffen werden.

Mit den gegnerischen Organisationen stehen wir im großen und ganzen in einem erträglichen Verhältnis, abgesehen vom Harzgebiet, wo wir im scharfen Gegensatz stehen zu den sozialdemokratischen Organisationen. H.-D. kommen hier fast gar nicht und in Braunschweig und Thale kaum in Frage. Die „Gelben“ finden in uns entschiedene Gegner, was nicht weiter verwunderlich sein dürfte. Die bürgerliche Presse steht im allgemeinen unserer Bewegung nicht unfreundlich gegenüber; nur in Braunschweig ist es uns nicht möglich, bei einer Polemik mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der bürgerlichen Presse zu bedienen; weil derartige Artikel nicht aufgenommen werden. Auch die Geistlichkeit beider Konfessionen nimmt, abgesehen von den zur Fachabteilungsbewegung hinneigenden katholischen Geistlichen, uns gegenüber eine freundliche Stellung ein, was besonders von Oskar gesagt werden kann.

Die Bezirkskasse stellte sich in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 wie folgt:

Table with financial data: 7 1/2 Prozent der Ortsgruppen und an... Summa 4504,32 M. Ausgaben: An Gehalt, Bilromiete, Licht, Brand, Fahrgeld, Essen und Logis, Drucksachen, Zeitungen, Literatur u., Porto und Telefon, Mikrobearf, Sitz Hilfskräfte, Sonstige Ausgaben. Summa 4504,32 M. Bilanz: Einnahme 4504,32 M., Ausgabe 4504,32 M., Bestand 0000,00 M.

In großen und ganzen genommen sind unsere Aussichten auch hier in Mitteldeutschland gar nicht so schlecht, sondern berechtigen im Gegenteil zu den besten Hoffnungen; vorausgesetzt natürlich, daß alle Kollegen, die von der Notwendigkeit einer Berufsorganisation auf christlicher und nationaler Grundlage überzeugt sind, auch fernerhin in treuer opferfreudiger Arbeit ihre ganze Kraft für diese Ideale einsetzen, zum Wohle für unseren Arbeiterstand.

In diesem Sinne danke ich allen, die mir im vergangenen Jahre treu zur Seite gestanden und mitgearbeitet und mitgekämpft haben für unseren christlichen Metallarbeiterverband. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Ein allerliebtes Porträt sozialdemokratischer Führer

finden wie in Nr. 25 der „Einigkeit“, Organ der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (soq. Anarcho-Sozialisten). Das Bild trägt die geschmackvolle Ueberschrift „Demagogentum“. Es wird zuerst der Begriff „Demagoge“ definiert. Heute versteht man unter Demagoge ein „Indolotuum, das sich anmaßt, im Namen des Volkes zu sprechen und zu handeln, in Wirklichkeit aber nur, um die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes, Habgier und Herrschsucht herbeizuführen und zur Erreichung jener Zwecke selbst die schlechtesten Mittel in Anwendung zu bringen.“

Diese Sorte Menschen habe sich bis tief ins Proletariat hinein ungeheuer vermehrt und spiele eine so verhängnisvolle Rolle im Volke, wie die Demagogen vor dreißig Jahren. Und dann geht's weiter:

„Welch' maßlosen Einfluß sich die Demagogen zu verschaffen wissen, lehrt unsere deutsche sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbewegung zur Evidenz. Die meisten ihrer Führer sind verschlagene Burschen, heuchlerisch, und wenn es sein muß, greifen sie kalten Blutes zur Lüge. . . . In Versammlungen und Diskussionen mit Gegnern der von ihnen befolgten Taktik und Prinzipienhändlung kommt es den Augen und Ohrenzeugen meist so recht zum Bewußtsein, daß jene „Führer“ nur durch List und Täuschung ihren Zweck zu erreichen suchen. . . . Ja, wer schon längere Zeit unsere deutsche Arbeiterbewegung, wie auch jene anderer Länder, beobachtet, der muß zugestehen, daß auf diesem ganzen Gebiete eine solche Demagogenwirtschaft herrscht. Und dieses Uebel wird sich noch vergrößern, denn nicht nur die Anführer bilden heute Kluge und Monopole, zur Wahrung ihrer Interessen, sondern auch unsere Arbeiterdemagogen in Partei und Gewerkschaft haben ihren Klug, der streng darüber wacht, daß niemand aufsteigt, der die scharf gezogene Grenze über den „Emanzipationskampf der Arbeiterklasse“ überschreitet, um das Volk wirklich hinter den Schleier dieses Demagogenbildnisses blicken zu lassen. . . .“

Alle diese oft und mit Recht bekämpften Maßregeln seitens der Kapitalisten geliebt, sind auch bei der sozialdemokratischen Partei und den Zentralverbänden längst durchgeführt. . . . In der Partei ist zwar heute Religion Privatfache, Korruption Privatfache, Ehebruch Privatfache, nur der Wissenschaft sind Schranken gezogen, diese darf nicht rein und nicht jedem zugänglich sein.

Alles die Frucht eiliger Demagogen, und man muß sich nur wundern über den ungeheuren Massen-Unterverstand des heutigen Proletariats, das sich einer solchen Gehel unterwirft.“ Soweit das anarcho-sozialist. Blatt. Die „Einigkeit“ gehört zur Familie derer, die sie hier in so scharfen Worten angreift. Sie kann und wird vieles wissen, was anderen verborgen blieb. Besonders wertvoll ist dieser Spiegel angesichts der gemelten Hege, die augenblicklich wegen politischen Dingen von den Sozialdemokraten gegen die christlichen Gewerkschaften unternommen wird. Nun, die christlichen Arbeiter wissen ihre „Freunde“ im roten Lager ja richtig einzuschätzen.

Der Streik der bayerischen Glasmacher

wurde am 16. August nach 15wöchentlicher Dauer durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet. Der mit aller Erbitterung geführte Kampf, an welchem ca. 300 Arbeiter in 14 Glashütten beteiligt waren, hat der Sozialdemokratie Gelegenheit zu den wertvollsten Machinationen geben müssen. Auf der einen Seite wurde den Unternehmern nahegelegt, nur nicht nachzugeben, während die fast vollzählig im christlichen Keramarbeiterverband organisierten Streikenden aufgehetzt wurden, möglichst hohe Forderungen zu stellen.

Nachdem endlich trotz aller Bemühungen der sonderbaren „Arbeiterfreunde“, die Unternehmer zum beharrlichen Widerstand gegen die Arbeiterforderungen aufzuregen — was selbst vom offiziellen Organ des Vereins deutscher Spiegelglasfabrikanten, dem „Diamant“, offen zugegeben wurde. — die Befestigung der geplanten Verschlechterungen, sowie die Erfüllung verschiedener Arbeiterwünsche erreicht waren, hatte selbst der soziald. Gauleiter Dirscherl in einer Glasmacherkonferenz erklärt, daß es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich gewesen wäre, mehr zu erreichen. Sofort aber wurde den Fabrikanten der Beschluß, den Streik abzubrechen, auch wenn keine weiteren Zugeständnisse mehr erreichbar seien, mitgeteilt, mit dem Erfolg, daß die Fabrikanten, die noch zu verschiedenen Konzessionen bereit gewesen wären, jede weitere Verbesserung ablehnten. Nun, nachdem der Tarif abgeschlossen ist, der ohne die rote Gaunertaktik mindestens um 20 Prozent günstiger für die Arbeiter ausgefallen wäre, stimmt die soziald. Presse ein wahres Indianergeheul an, daß der christliche Verband seine Mitglieder verraten und nicht mehr erreicht habe. Ein so schändlicher Arbeiterverrat und eine solche Summe von Verräteract, wie sie die Sozialdemokratie, die nur mit einem paar Duzend Streikenden in Betracht kam, beim bayerischen Spiegelglasmachereistreik an den Tag gelegt hat, ist noch selten in der deutschen Arbeiterbewegung beobachtet worden. Mögen die Arbeiter hieraus die richtigen Konsequenzen ziehen.

Bionswädler hüben und drüben.

Unter diesem Stichwort erhalten wir von einem Kollegen aus dem Ruhrgebiet folgende Zuschrift:

Den Berliner Fachabteilungsmännern ist Hilfe geworden von der sogenannten Osterdienstagkonferenz. Dieses scheint auch gewissen „Arbeiterfreunden“ auf evangelischer Seite wieder neuen Mut eingebläht zu haben, ihre Bionswädler, evangelische, obder richtiger gesagt, national-liberale Gewerkschaften zu gründen, mit der man vor Jahren bei den Bergarbeitern so kläglich Fiasko gemacht, wieder zu propagieren. Dieses geschieht in der Nr. 21 der „Evangelischen Arbeiterzeitung“, Organ des Bochumer evangelischen Arbeiterbundes (Nichtung Franke, Quandel), welcher abseits des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands marschert. Die Führung dieser Vereine liegt fast ganz in Händen von Nichtarbeitern, wovon die ionangewandten direkt von der Großindustrie unterhalten werden. Diese Herren haben es von jeher verstanden, bei den Mitgliedern dieser evangelischen Arbeitervereine das Mißtrauen gegen die christlichen Gewerkschaften zu schüren und letztere als „ultramontane“ Gebilde zu verächtigen, ohne jedoch auch nur zu versuchen, den Beweis für solche Verächtigungen zu erbringen. Wohl aber brach man zur Zeit eine Lauge für die schwarzen Listen der Großindustriellen. Nach einer objektiven Beurteilung der christlichen Gewerkschaften haben wir in der Vereinszeitung bislang vergebens gesucht.

Wir haben es bisher unterlassen, auf die Verächtigungen dieser Leute einzugehen, da wir bei den evangelischen Arbeitern soviel gesunden Menschenverstand voraussetzen, daß sie sich von solchen unbewiesenen Wägen nicht betrennen lassen. Wenn wir diesmal eine Ausnahme von der Regel machen, dann deshalb, um der Verantwortlichkeit zu zeigen, wie schwer es manchen Leuten wird, Material herbeizuschleppen, um die christlichen Gewerkschaften verächtigen zu können.

Der Herr Abgeordnete Ritter hatte auf der bekannten Osterdienstag-Konferenz als Anhänger der katholischen Fachabteilungen, die Idee der interkonfessionellen Gewerkschaften hervorgehoben und für die katholischen Arbeiter katholische Gewerkschaften gefordert. Diese Ausführungen eines verstockten und verblissenen Gegners der christlichen Gewerkschaften müssen bei der evangelischen Arbeiterzeitung wieder herhalten, um die christlichen Gewerkschaften zum so und so vielen Male wieder als Nömlinge zu verächtigen.

Es wäre den konfessionellen Ausführungen zu viel Ehre angelan, wollte man lange und breit versuchen, den Artikelschreiber eines besseren zu belehren, da es ihm offenbar nicht darum zu tun ist, zu belehren, sondern zu verächtigen um jeden Preis. Für seine leichtfertige Behauptung, die christlichen Gewerkschaften seien nur „shenbar“ interkonfessionelle Gewerkschaften, um möglichst viele „harmlose“ Protestanten für die Zentrums-partei zu gewinnen, versucht er nicht einmal den Schatteneines Beweises zu erbringen. Wohl aber das Gegenteil. Denn wenn so „manchen“ Zentrumskreisen, vor allem auch vielen Geistlichen, der Verkehr der katholischen Arbeiter mit den evangelischen Kameraden in den christlichen Gewerkschaften schon lange ein Dorn im Auge war, und wenn sie deshalb zur Gründung von katholischen Fachabteilungen schritten, so ist hiermit klar erwiesen, daß die christlichen Gewerkschaften alles andere als Zentrums-gewerkschaften oder „ultramontane“ sind, mit welcher Bezeichnung die Evangelische Arbeiterzeitung so gern die konfessionellen Leidenenschaften schilt.

Vom logischen Denken scheint der Artikelschreiber sehr weit entfernt, dafür spricht auch der kapitale Unfug in dem Schlußatz: „Sollten die Ansichten des Herrn Dr. Ritter (Wschliebung der katholischen Arbeiter in katholische Gewerkschaften) namentlich auch bei den katholischen Gewerkschaftlern die Oberhand gewinnen usw.“ Zu heilige Einfalt! Hat der Artikelschreiber denn von dem jahrelangen Kampf der katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegen die katholischen Fachabteilungsbestrebungen nichts gehört? Dann hat er geschlafen und soll dann aber auch nicht über Dinge schreiben, wovon er nichts kennt. Vielleicht aber ist der Wunsch der Vater des Gedankens, denn man könnte dann auch mit einem gewissen Vorwand dazu übergehen, neben den katholischen „gelben“ Gewerkschaften, solche evangelische Coleur zu gründen, im Sinne des Festredners des Bundesfestes 1908 in Herne, des Reichstagsabgeordneten Dr. Conze, welcher nach dem Bericht der Tagespresse meinte: Die Arbeiterorganisationen müßten friedlich mit den Arbeitgebern verhandeln, und die Stelle dieser Organisationen müßten die evangelischen Arbeitervereine einnehmen.

Unsere Kollegen in den evangelischen Arbeitervereinen (Bochumer Richtung) werden die Augen offen halten müssen, damit diese Vereine nicht zu gelben Bestrebungen mißbraucht werden.

Aus der Metallindustrie.

Die Entwicklung der lothringischen Eisenindustrie.

Das französische Organ „L'ouvrier Alsacien-Lorrain“ brachte in seiner Nummer vom 15. Juni einen Bericht über die Entwicklung der lothringischen Montanindustrie, dem wir folgendes entnehmen:

Die einheimische Eisenindustrie ist eine der bedeutendsten Erwerbszweige von Elsaß-Lothringen, die sowohl an Rentabilität als auch an Ausdehnung bedeutend zunahm.

Sie betrug:

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Hochöfen, Arbeiter, Erzeugung in Tonnen, Wert der Produktion. Rows for years 1892, 1902, 1907.

Der Geldwert der Tonnen Eisen aller Art betrug:

Jahr	Mark	Jahr	Mark
1882	251,50	1903	83,80
1892	111,33	1904	84,75
1900	122,59	1905	86,07
1901	95,28	1906	96,87
1902	87,27	1907	110,22

Besonders die älteren Güttenwerke sind sehr rentabel, trotzdem sie sich den technischen Neuerungen erst in den letzten Jahren anpaßten. Erklärlich ist dieses durch die zu den Güttenwerken gehörenden Eisenerzgruben, bei denen Erntehungs- und Transportkosten für Eisenerz sehr gering sind. Die gesteigerte Arbeitsleistung der Güttenarbeiter und die technischen Neuerungen brachten eine unverhältnismäßig schnelle Steigerung der Produktion mit sich.

So stieg die Zahl der Arbeiter von 4544 im Jahre 1900 auf 6444 1907 = 47 Prozent. Dagegen stieg die Zahl der Tonnen des verschmolzenen Eisenerzmaterials von 811 896 Tonnen 1900 auf 2 248 919 Tonnen im Jahre 1907 = 177 Prozent, und der Selbstertrag der erzeugten Eisenerzmenge stieg von 76 615 000 Mark 1900 auf 142 494 000 Mark 1907 = 86 Prozent.

Die Eisenproduktion betrug auf den Kopf des Güttenarbeiters:

Jahr	Tonnen	Jahr	Tonnen
1872	121,6	1903	277
1882	275,2	1904	245
1892	229	1905	289
1900	177	1906	294
1901	231,7	1907	338
1902	266		

Unter dem Hinweis, daß der Lothringer Güttenverein „Ameis-Friede“ an ein Aufsichtsratsmitglied 23 140 Mark, an alle 416 523 Mark Dantiemen jährlich zahlt, in gleichem Sinne natürlich auch die anderen Gesellschaften, fragt das französische Organ mit Recht, was die Güttenarbeiter Lothringens von den reichen Erträgen mitbekommen? Keine Lohnsteigerung in guten Zeiten, Lohnabzüge in schlechten, mangelnde sanitäre Verhältnisse, rigorose Behandlung und Bestrafungen u. a. m., das ist der „Anteil“ der Arbeiter. Soll es hier besser werden, so muß, wie überall, so auch hier, die Selbsthilfe einsetzen. Im christlichen Metallarbeiterverband finden die Lothringer Güttenarbeiter einen Rückhalt bei ihrer schwierigen Lage.

Opfer der Arbeit.

Zabrze. Auf der Donnersmarkhütte explodierte am 15. August ein Gasbehälter. Durch die ausströmenden Gase wurden 8 Arbeiter betäubt. Drei Arbeiter stürzten in einen Kanal und konnten nur als Leiche herausgezogen werden. Die übrigen 5 der Betäubten konnten gerettet werden.

Rheinhausen. Im Walzwerk der Firma Krupp A.-G. ist der Vorarbeiter Preuß am 14. August tödlich verunglückt. Ein Kettenantrieb fiel dem Manne auf den Kopf und zertrümmerte ihm die Schädeldecke.

Mülheim-Nahr. Auf der Friedrich-Wilhelmshütte zerbrach am 20. August in der Koferelei eine eiserne Trommel. Durch die umherfliegenden Eisenstücke wurde ein junger Mann förmlich in Stücke gerissen. Er war sofort tot. Ein anderer Arbeiter wurde schwer verletzt.

Streiks- und Lohnbewegungen.

Nachlässe zum Streik der Aluminiumarbeiter in Badiß-Rheinfelden.

Die sozialdemokratische Presse verbreitet erfundene Nachrichten über den Streik und seine Begleiterscheinungen. Es wird vieles berichtet, was absolut den Tatsachen nicht entspricht. Ansehend spekuliert man von dieser Seite auf etwas ganz Besonderes. Trotzdem eine große Anzahl bürgerlicher Blätter in den letzten Tagen fast unermüßlich die falschen oder entstellten Berichte richtig stellt, scheint man auf sozialdemokratischer Seite desto unermüßlicher in der Verdrehung der Tatsachen zu sein. Daß sie sich aber selbst widersprechen, merken sie anscheinend nicht. Zuerst wurde geschrieben:

Die Ausständigen verhielten sich mit bewunderungswürdiger Zurückhaltung. Die Streikleitung. (Gew.-Sekretär Engel, Straßburg, der Verfasser) gab sich redlich Mühe, ihre Leute vor Gewalttätigkeiten zurückzuhalten, obwohl es auf der andern Seite an Provokationen nicht fehlte.“ So berichteten einmal die gesamten sozialdemokratischen Blätter Badens und darüber hinaus fast übereinstimmend. Derselbe Sorte Presse machte sich aber auch nicht die geringsten Skrupel, fast wie auf Kommando ebenso einstimmig in der verlogenen Weise die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Es war ein Tag in der Nacht, nachdem die oben zitierten Sätze von dem Verhalten der Ausständigen und der Streikleitung geschrieben, als folgendes geschrieben wurde:

„Es war gewiß ein schlimmes Zeichen für Engel, als er sich wiederholt vor der Volkswut von Gensdarmen schützen lassen mußte.“ Wurden ihm doch die Worte wie „Verräter“, „Fettersling“ u. s. w. entgegengeschleudert und ihm mit blutiger Rache gedroht.“

Der Zweck einer solchen Schreibweise ist zu durchsichtig und die Genossen möchten allzugern gegen den christlichen Metallarbeiter-Verband Stimmung machen und nachher im trüben fischen.

Soll doch mit der Veröffentlichung dieser Worte, wie Verräter und Fettersling und Androhung blutiger Rache nur der Ansehen erweckt werden, als seien die Beschimpfungen und Bedrohungen gegenüber Engel von seinen eigenen Kollegen und Mitgliedern des christlichen Metallarbeiter-Verbandes gemacht worden. Das geht aus den weiteren Sätzen der sozialdemokratischen Presse hervor: „Donner und Dorla, das war ein schlimmer Abgang für einen Arbeiterführer. Ja, ja! So geht es eben manchmal, wenn man gar tapfer ist.“

Tatsache ist, und das werden verschiedene gerichtliche Nachspiele noch beweisen, daß kein einziger der Streikenden sich an dem Tumult beteiligt hat. Tatsache ist ferner, daß sämtliche Streikenden über die Aufhebung des Ausstandes mit Engel einer Meinung waren, und die Angriffe, die gegenüber Engel von anderer, nicht am Streik beteiligter Seite erhoben wurden, aufs schärfste zurückwiesen. Dagegen besteht in weiten Kreisen der Arbeiterchaft und des größten Teiles der Arbeiterschaft Badiß-Rheinfeldens der wohl begründete Verdacht, daß gewisse sozialdemokratische Verleumdungen und sogenannte „Arbeiterführer“ bringend verdächtig sind, ihr vollgerichtetes Maß von Schuld an den Beschimpfungen und Bedrohungen Engels mit zu tragen haben.

Es ist zu begreifen, wenn, nachdem noch nicht ganz vor 1/4 Jahren in Stettin, Mannheim und Gagen kurz hintereinander die roten Führer vor der Wut ihrer genaßführten eigenen Mitglieber sich nur durch schleunigste Flucht und Bestiegen der Elektrischen oder Eisenbahn retten konnten, sie nun den Wunsch hegen, daß auch in den christlichen Gewerkschaftskreisen sich ähnliche Dinge abspielen mögen. Damit können sie sich dann in etwa als die „besseren Wilden“ aufspielen und ihre Mitglieder vertrießeln.

Wozu aber noch im übrigen solche sich widersprechende, entstellende Artikel fabriziert werden, ist jedem Einsichtigen klar. Die sozialdemokratische Leserschaft darf unter keinen Umständen über den wahren Sachverhalt aufgeklärt werden, sonst könnte es bei einigermaßen klugen Ueberlegung eines sozialdemokratischen Redaktors nicht vorkommen, solche trassige Widersprüche unkontrolliert an zwei aufeinander folgenden Tagen durchgehen zu lassen. Über man spekuliert anscheinend immer noch auf die Unwissenheit und Beschränktheit solcher Leser, die heute nicht mehr wissen, was sie gestern gelesen haben, die zwei sich widersprechende Meinungsäußerungen, wie die oben zitierten, als lauterer Evangelium lesen und für wahr halten, sich aber die Köpfe dabei verwirren, um so reif zu werden für die verwirren Theorien der Sozialdemokratie.

Noch schlimmer und gehässiger wie die sozialdem. Presse treibt es der „Arbeiter“, Stg Berlin, dieses zur traurigen Verühmtheit gelangte „Auch-Arbeiterorgan.“ In seiner Beilage: „Korrespondenzblatt der beruflichen Fachabteilungen Nr. 18“ schreibt der Berliner „Arbeiter“ nach unverbämter Scharfmachermanier:

„Durch die Tagespresse geht die Nachricht, daß es bei einem Streik der christlich organisierten Metallarbeiter der Aluminium-Industrie Aktien-Gesellschaft in Badiß-Rheinfelden zu erheblichen Ruhestörungen gekommen ist, indem mehrere hundert Streikende, welche Arbeitswillige zur Einstellung der Arbeit zwingen wollten, mit der zum Schutze der Arbeitswilligen aufgetretenen Gensdarmerte zusammenstießen.“

Hier reiht sich eine plumpe Unwahrheit an die andere. Wie in den früheren Artikeln — auch im vorstehenden — ausdrücklich betont ist, hat sich kein Streikender an dem Tumult, bei dem die verhängnisvollen Schüsse fielen, beteiligt. Ebenso ist es unwar, daß der Zusammenstoß mit den Gensdarmen erfolgt sei. Die Urheber der Kravalle waren die Arbeitswilligen und ihre provokatorischen Aufhänger, was auch noch vor Gerichtsstelle nachgewiesen wird. In den Augen des Berliner „Auch-Arbeiter“ können natürlich nur die Streikenden die Ruhestörer und Provokateure sein. So verlangt es dessen überatholische „Wahrheitsliebe“ und „Gerechtigkeits“, von Arbeiterkollektivität und Nächstenliebe ganz zu schweigen. So überbietet ein sogenanntes „Arbeiterblatt“ die gehässigen Scharfmacherblätter in verlogenen Angriffen auf christlich-organisierte Arbeiter und häuft Verrat an eigenen Genossen und Genüßgenossen. Für ein derart strupelloses Gebahren haben ehrlich denkende Arbeiter keine parlamentarische Bezeichnung.

Bochum. Mit einem vollen Erfolge für die Arbeiter konnte die Sperre über die Stahlformerei der Westf. Stahlwerke aufgehoben werden. Sie war im Mai d. J. von den drei Metallarbeiterorganisationen (christliche, freie und S.-D.) über den Betrieb verhängt worden. Ursache und Verlauf der Bewegung seien hier kurz dargelegt:

Längere Zeit klagten die Formner des genannten Betriebes über Material- und Werkzeugmangel, wodurch sie, da alle Arbeiten im Auford gemacht werden, bedeutend geschädigt wurden. In einer gemeinsamen Versammlung wurde eine Kommission gewählt, welche der Betriebsleitung und Direktion die Beschwerden vortragen sollte, wie es in der Arbeitsordnung vorgesehen war. Noch ehe die Kommission vorstellig geworden, wurde bei dem Material- und Werkzeugmangel auch noch 11 bis 50 Proz. von den bestehenden Aufordpreisen abgezogen. Beim Vorstelligwerden der Kommission versprach der Betriebsführer zwar auf Abschaffung der Mißstände, wie Material- und Werkzeugmangel hinzuwirken; betr. der Aufordabzüge bestimme er auf seinem Standpunkte. Die Direktion lehnte jede Verhandlung mit der Kommission ab. Hierauf wurden von den beteiligten Organisationen an die Direktion mehrere Schreiben gesandt, worin die Klagen der Arbeiter, besonders die hohen Aufordabzüge, niedergelegt wurden, welche aber unbeantwortet blieben.

Es somit sämtliche Versuche von Seiten der Organisationen, die Mißstände auf friedlichem Wege zu beseitigen, an dem Widerstand der Betriebsleitung scheiterten, wurde in einer Versammlung der Formner und Kernmacher der Stahlformerei einstimmig die Sperre über den genannten Betrieb verhängt. Die Firma antwortete nun, indem sie mehrere Formner, darunter auch ein Kommissionsmitglied, kündigte. Andere Formner verließen freiwillig den Betrieb und so war nach kurzer Zeit die Zahl der im Betriebe beschäftigten Formner stark zurückgegangen.

Jetzt trat Mangel an Formnern im Betriebe ein und die Firma suchte in mehreren Tagesblättern durchgängig tüchtige Stahlgußformner für Lohnende und dauernde Beschäftigung. Hierauf gingen auch mehrere Formner dort an, die aber sämtlich nach kurzer Zeit den Betrieb wieder verließen. Als nun die Firma einsah, daß sich keine Formner fanden, die ihren Kollegen in den Rücken fielen, bestellte der Betriebsführer die Kommission zu sich, verhandelte mit derselben und erkannte sämtliche Wünsche der Arbeiter an. In einer gemeinsamen Versammlung wurde dann auch so einstimmig die Sperre wieder aufgehoben, wie sie über den Betrieb verhängt worden war.

Möge dieser Erfolg den organisierten Arbeitern, besonders den Formnern von Bochum neuen Mut zur weiteren gewerkschaftlichen Arbeit geben. Der unorganisierten Arbeiterschaft ist der Erfolg aber ein schlagender Beweis dafür, daß nur organisierte Arbeiter ihre Lage verbessern können, denn nur der Einzigeit der Formner der Westf. Stahlwerke ist dieser Erfolg zuzuschreiben. Die Einwendungen der großen indifferenten Masse, „die Organisation nützt doch nichts“, wie man es in Bochum immer hören kann, sind durch diesen Erfolg schlagend widerlegt. Auch in vielen anderen Betrieben bestehen noch zahlreiche Mißstände, die leicht beseitigt werden könnten, wenn nur die Arbeiter den Weg zur Organisation finden wollten.

Arbeiter. Le. at aus diesem Falle und handelt danach.

Der Kampf im Berliner Schlossergewerbe

ist beendet. Zwischen den Unternehmern und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ist nach längeren Verhandlungen ein neuer Tarif abgeschlossen worden. Auf Grund dieser Vereinbarung, die allerdings weit hinter den gestellten Forderungen zurückbleibt, ist der Kampf dann beigelegt worden. In der entscheidenden Versammlung war zwar die Majorität der Streikenden für Weiterführung des Kampfes, aber die erforderliche Dreiviertel-Mehrheit war nicht vorhanden und so mußte die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Unter den sozialdemokratischen Verbandsmitgliedern herrscht eine große Unzufriedenheit, die sich in mehreren Schlosserversammlungen gegen die verantwortlichen Verbandsführer entladen hat. Letztere bemühen sich im Schwelche ihres Angesichts, die Reizenden zu beschwichtigen mit dem Hinweis, daß bei der gegenwärtigen schlechtesten Konjunktur nicht mehr zu erreichen gewesen sei.

So müssen die sozialdemokratischen Führer vor den realen Tatsachen doch um doch zurückstehen und Wasser in den gährenden roten Wein gießen. Wie der „Vorwärts“ Nr. 200 vom 28. August berichtet, geht die Wiedereinstellung der Streikenden nicht so glatt von statten. Es seien noch 250 Mann, 150 Bauerschlosser und 100 Geißschranckschlosser, nicht wieder eingestellt. Der Ausgang der Bewegung steht einer Wiederlage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sehr ähnlich, das ist wenigstens die Stimmung in Berliner Metallarbeiterkreisen.

Der Generalstreik in Schweden

dauert noch an. Infolge dieser zeitlichen Ausdehnung des Kampfes ist auch das Endergebnis kaum noch zweifelhaft. Wie selbst die sozialdemokratischen Blätter — die den Riesenkampf sonst im rosigsten Lichte schildern — jetzt allmählich eingestehen, hat sich die Zahl der Ausständigen stark vermindert. In der Zeit vom 18. v. Mis. bis zum 28. soll die Verminderung etwa 23 000 betragen. Immerhin waren an letztgenanntem Tage noch 255 000 Arbeiter ausständig. Nach den letzten Nachrichten der Tagesblätter muß der Kampf weiter am abwärts sein, so daß ein Erfolg kaum noch zu erwarten ist.

Wir als christlich-organisierte Arbeiter lehnen die Idee des Generalstreiks ab und die bisherigen Erfahrungen in den romanischen Ländern, wozu sich eine neue drahtige Lehre in Schweden hinzugesellen wird, können uns in dieser Auffassung nur bestärken. Bei dem schwedischen Generalstreik hat es sich auch gezeigt, daß ein allgemeiner Ausstand ohne Durchbrechung der bestehenden Tarifverträge nicht möglich ist — die schwedischen

Durchdrucker haben sich nämlich unter Beiseiteziehung ihres Tariffs dem Ausland angeschlossen — und solche Wege können und wollen christlich-organisierte Arbeiter nicht mitgehen. Durch solche Handlungen wird die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter mobil gemacht und jeder Erfolg von vornherein in Frage gestellt. Der Kampf in Schweden wird erneut den Beweis liefern, daß der Generallstreik kein taugliches Machtmittel im gewerkschaftlichen Kampfe ist. Die bewundernswürdige Solidarität und Opferwilligkeit der schwedischen Arbeiterschaft hat an diesem bisherigen Erfahrungsgrundsatz nichts zu ändern vermocht.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Ohligs. Auf dem Eisen- und Stahlwerke stehen die Arbeiter im Streik wegen Lohnabzug.

Osberg. Auf der Osberger Eisenhütte sind Differenzen ausgebrochen für die Schlosser.

Solnhofen. Im Lithographiesteingebiet sind sämtliche Arbeiter ausgesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. September 1909 der sechshunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 12. September fällig.

Es wird hiermit von Neuem darauf hingewiesen, daß alle größeren Ortsgruppen alle überschüssigen Verbandsgelder jeden Monat im Voraus als Vorschuß an die Hauptkasse einzuliefern haben. Eine Reihe von Ortsgruppen haben dieser Aufforderung schon im vorigen Quartal Folge geleistet, eine Anzahl aber noch nicht. Wir erwarten, daß diese jetzt auch folgen, und dieser Mobus sich auch ohne fortwährende Aufforderung in unserem Verbandsgebiet, wie es in anderen Verbänden bereits der Fall ist. Denn bei den heutigen Verhältnissen fließen jeden Monat schon ziemlich hohe Summen in den Händen der Ortskassierer zusammen, die nutzlos bis zur Abrechnung daliegen und manchmal für den Kassierer noch eine Gefahr bilden, während sie an der Hauptkasse im Interesse des Verbandes verwendet und einstragend angelegt werden können.

Aus dem Verbandsgebiet.

Schramberg. (Mehr Aufmerksamkeit!) Wenn wir in letzter Zeit unser Organ oder die Tagespresse eifrig studierten und die Rüstungen der Unternehmer betrachten, insbesondere ihre Bemühungen zwecks Gründung gelber Gewerkschaften, so brängt sich uns unwillkürlich die Frage auf, was müssen wir als christlich-organisierte Arbeiter tun, um solchen Machinationen vorzubeugen? Unsere Hauptaufgabe, speziell auch die der Lohnarbeiter, muß dahin gehen, unsere indifferenten Kollegen aufzuklären darüber, was wir im Falle der Gründung der Gelben zu erwarten hätten. Da nun aber die Erfahrung lehrt, daß es uns in öffentlichen Verhandlungen nicht möglich ist, die Arbeiter, dank ihrer Interessenslosigkeit, aufzuklären, so tritt an jeden einzelnen Kollegen die erste Pflicht heran, dieses von Mund zu Mund zu tun. Ich bin der festen Überzeugung, daß dies, wenn ernstlich durchgeführt, für uns von doppelttem Nutzen sein kann, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn wir bedenken, daß die Arbeiterschaft des Schwarzwaldes es so sehr notwendig hätte, sich durch die Selbsthilfe etwas zu erringen, sei es nun in bezug auf bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, menschenwürdiger Behandlung oder in sanitärer Hinsicht, so müssen wir uns vor allem vor Augen halten, daß wir dieses nur auf Grund der Organisation erringen können, und dies ist auch da nur möglich, wo wir sagen können: ein beträchtlicher Prozentsatz treuer und überzeugter Kämpfer steht in unseren Reihen. Um nun solche treuen und zielbewußten Kollegen heranzubilden, sollen wir, die wir den Gewerkschaftsgedanken erfasst haben, uns aufraffen und die Fernstehenden in ihrem Heim aufsuchen, um sie für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Das ist Aufklärungs- und Agitationsarbeit zugleich betrieben.

Kollegen! Die Zeiten sind ernst. Allem Anschein nach wird die Konjunktur wieder besser. Da gilt es einzusehen und die von der Krise geschlagenen Wunden wieder auszuhelen. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Aus der Oberpfalz. Die Maghütte hat kürzlich ihre Bilanz für das Geschäftsjahr 1908/09 veröffentlicht. Solche Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben, sowie das hieraus resultierende Schlussergebnis eines Werkes ist auch für die Arbeiterschaft von hohem Interesse. Das abgelaufene Geschäftsjahr bewegt sich auf dem Tiefstand der Krise. Die Anlagen konnten nicht voll ausgenutzt werden. Neben dem geringen Absatz machten sich auch die gedrückten Preise stark fühlbar. Demzufolge war kein günstiger Abschluß zu erwarten. Obwohl auch neue Aktien im Betrage von 1.607.328 Mk. für ein halbes Jahr sich an dem Gewinn beteiligten, konnte doch der respektable Gewinn von circa 8 Millionen Mark erzielt werden.

Die Dividenden betragen in den Jahren
1907/08 16,00 Prozent
1907/08 22,16
1908/09 25,08

Zur Abschreibung gelangten im Jahre 1908/09 Markt 1.863.712 (im vorausgegangenem Jahre 1.591.821 Mk.). Die sehr hohe Abschreibungssumme im letzten Jahre wurde mit den im Berichtsjahr erheblich gestiegenen Anlagewerten motiviert. Wenn nun der Geschäftsbericht unter anderem bemerkt, die Löhne seien auf der gleichen in der Hochkonjunktur erreichten Höhe verblieben, so muß dem die Arbeiterschaft widersprechen. Tatsächlich wurden bei der Arbeiterchaft die 1907 gewährte monatliche Teuerungszulage von 6 bzw. 3 Mark wieder entzogen. Auf die Stellungnahme und Eingabe unseres Verbandes hin ließ sich bekanntlich erst die Werkleitung herbei, der Arbeiterchaft den Schichtlohn um 10 Pfg. zu erhöhen, was jedoch nur teilweise die obige Lohnminderung ausglich. Zudem wurden die Abschläge verschiedentlich ganz beträchtlich heruntergedrückt und die Belegschaft reduziert. Das letztere bedeutete für manche Arbeitslosigkeit. Wie sehr die Arbeiterschaft aus solchen Geschäftsabschlüssen lernen kann, zeigt ein Vergleich von Risiko und Gewinn bei Unternehmer mit dem Risiko und Gewinn der Arbeiterschaft.

Unternehmer riskieren heutzutage in der Regel nur, auch einmal mit einem minderen Gewinn vorlieb nehmen zu müssen; seltener ist schon der dividendenlose Jahresabschluss; in Ausnahmefällen kann auch ein Teil des Kapitals verlustig gehen.

Der Arbeiter hat fast regelmäßig einen minderen Gewinn und muß riskieren, daß er sein einziges Kapital, seine Arbeitskraft, nicht verwerten kann, weil er in Zeiten der Arbeitslosigkeit keinen Erwerb findet. Gewiß verliert ihn dies schwerer als die dividendenlose Zeit den Unternehmer. Zudem riskiert der Arbeiter in den allermeisten Fällen auf dem Schlachtfeld der Industrie seine Gesundheit und sein Leben (Unfallgefahren). Auch die Maghütte fordert so gut wie anderwärts Tote und Verwundete als Opfer. Die gesundheitschädliche Arbeit (Lugluft, schlechte Luft, giftige Dämpfe u. dergl.) setzt dem Arbeiter oft zeitweilig den Todeskeim in die Brust. Bei Aktionären kann höchstens in Ausnahmefällen die Selbsthilfe ein kleines Loch bekommen. Das Arbeiterelend ist also auch im letzteren Vergleich größer und häufiger.

Und nun der Vergleich der beiderseitigen Gewinne! Das Ergebnis für die Aktionäre ist in diesem Falle aus der hohen Dividendenverteilung schon leicht ersichtlich für die Arbeiter ist der Jahresabschluss gewöhnlich sehr einfach, denn es bleibt meist nur eine Null übrig. Nicht selten bleibt ein Minus (Schuldbetrag) bestehen. Trotz der zahlreichen Schichten, Viertel- und Ueberstunden will es für das Notwendigste nicht ausreichen. Nur einige wenige Arbeiter sind etwas besser gestellt. Dabei ist die Frage noch offen, ob der Arbeiter sich auch immer die notwendigen Nahrungsmittel beschaffen konnte, um die in der Arbeit verbrauchten Kräfte zu ersetzen oder um dem Kranken die Genesung zu ermöglichen. Der Gewinn oder besser gesagt, der oft traurige Lohn des Arbeiters ist also so gestellt, daß der Arbeiter trotz dem, sich recht und schlecht durchzuschlagen. Für den Arbeitslosen, für den Kranken, für den Unfallverletzten und deren Familien gibt es oft harte Tage. Der organisierte Kollege hat wenigstens im Verband einen Rückhalt.

Die jüngst (anfangs August) entlassenen inorganisierten Kollegen mögen sich diese Rechnung einmal gründlich ansehen, und nicht minder alle übrigen Kollegen, die ein ähnliches Los treffen kann. Wer dann noch nicht einsteht, daß sich die Arbeiterschaft gegenseitig stützen und organisieren muß, dem ist nicht zu helfen.

Eine Stelle aus dem Geschäftsbericht der Maghütte sei noch im Urtext wiedergegeben. Unter den Ausgaben figurieren:

	1907/08	1908/09
Gratifikationen	40 000 Mk.	40 000 Mk.
Pensionsfonds	30 000 "	—
Tantlemen	40 000 "	40 000 "

Für die Okeren, Aufrichtschäfte u. dergl. gab es keine Lohnzulage. Aber für den Pensionsfonds blieb im letzten Jahre nur ein Gedankenstrich übrig. Solche Gedankenstriche müssen dem Arbeiter wohl zu denken geben.

Gratifikationen gab es für die Arbeiterschaft keine im letzten Jahre. Neben den Zuschlägen für Frank und Genossen blieben für die Mitglieder des „Vereins alter Maghütter“ lediglich noch einige Groschen übrig. Die vorstehenden und andere „Erfolge“ der Gelben müssen jedem Arbeiter die Augen öffnen. Zu Weihnachten erhielten zwar die Gelben eine Bescherung, z. B. 3 Mark in einem neuen Geldbeutel, so was springt in die Augen! Die beste Bescherung aber kam nach, denn das 10- und 100fache wurde an den Löhnen abgezogen. Auch gar manche Frauen von Kollegen werden nun die Weihnachtsbescherung von einer anderen Seite aus betrachten und künftig wissen, was es auf sich hat mit der „Bescherung“. Es passiert auch den Kollegen, die sich von den gelben Agitatoren zum Beitritt in den „Verein alter Maghütter“ überreden ließen, daß sie auf das Pflaster gesetzt wurden. Solche Bescherung hat keiner erwartet. Die schöne Wohlfahrtsanleihe der Pensionskasse hat wohl ihre Beiträge verlangt, nach der Entlassung gibt es nun keine Freundschaft mehr und keine Pensionskastenbeiträge mehr zurück. Darüber wird noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Alles in allem, ein lehrreicher Geschäftsbericht. Gewiß wünscht die Arbeiterschaft dem Werk die bestmöglichen Geschäftsabschlüsse, besonders wäre dringend zu wünschen, daß die baherische Verwaltungsverwaltung mehr aus ihrer Reserve herausginge und die Aufträge nicht gerade aufgeschoben blieben bis zur nächsten Hochkonjunktur; auf diese praktische Förderung der Arbeitslosenfrage kann nicht oft genug hingewiesen werden. Bei aller Anerkennung einer umsichtigen Geschäftsleitung aber muß die Arbeiterschaft auch in der Maghütte verlangen, daß sie an den Erfolgen für welche sie mit Gesundheit und Leben einsetzten mußte, einen gerechten Anteil erhält. Das zu erringen wird unsere künftige Aufgabe sein. Je zahlreicher und tatkräftiger die Kollegen daran mitwirken, desto schneller werden wir das Ziel erreichen.

Wirtelen. In der Verwaltung unserer Ortsgruppe sind wesentliche Veränderungen notwendig geworden. Da unser kassierer Kollege Wih. Schwarz Krankheitshalber den Kassierersposten niederlegen mußte, mithin auch dem Vorstand nicht mehr angehört, bitten wir die Kollegen folgendes zu beachten und genau danach zu handeln: 1. Die Geschäftsstunden finden jeden Montag, abends nach 9 Uhr statt. Alle Anfragen, Entwürfe und Anliegen von Seiten der Mitglieder werden nur dann entgegen genommen. — 2. Im Falle der Erwerbslosigkeit (Krankheit oder Arbeitslosigkeit) auch wenn dieselbe von ganz kurzer Dauer ist, sind die Kollegen in ihrem eigenen Interesse verpflichtet, dieses sofort zu melden. Bei der Meldung ist das Mitgliedsbuch abzugeben. Ferner lege man einen Zettel bei, woraus Art und Beginn der Erwerbslosigkeit anzugeben ist. In diesen Anmeldeungen benutze man den Briefkasten, der am Büro Macherstraße Nr. 70 angebracht ist. — 3. Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erfolgt von jetzt an Samstags, morgens von 9—10 Uhr. Bei Krankheit muß jedesmal die ärztliche Bescheinigung, bei Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenkarte bei der Auszahlung vorgelegt werden. Arbeitslose Mitglieder haben sich in der Geschäftsstunde zu melden. Außerdem machen wir auf Paragraph 7, Absatz 7 des Statuts aufmerksam. Fr. Sch.

Soziale Rechtspredung.

Wegen Flugblattverteilen

haben schon eine Reihe Prozesse geführt werden müssen. Oft gibt sich die Polizei mit Geringfügigkeiten ab, um eine Anklage gegen die Flugblätterverteiler zu formulieren. In Brebach, einem Hüttenwerkort an der Saar, erzielten unsere Kollegen Wernerus und Wäcker regelmäßig die Erlaubnis zum Verteilen von Flugblättern für den ganzen Tag. Auf einmal fiel es der Polizei ein, die Erlaubnisscheine mit der Bemerkung zu versehen: „In der Zeit von morgens 8 bis abends 8 Uhr“. Als die Kollegen morgens um 8 Uhr zum Verteilen kamen, achteten sie in der Dunkelheit nicht auf den Vermerk. Die Folge war ein Strafmandat von 20 Mark „wegen Flugblattverteilen ohne Erlaubnis.“

Wegen dieses Strafmandat beantragten die 4 bestrafte Kollegen gerichtliche Entscheidung. Das Gericht in Saarbrücken fällt in diesem Prozeß folgendes bemerkenswerte Urteil: „Die Angeklagten werden freigesprochen. Die durch das Verfahren gegen sie entstandenen Kosten werden der Staatskasse aufgelegt“, von Rechts wegen.

Gründe.

Nach dem Wortlaut des § 10 des Preussischen Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1861 (Gesetzsamml. S. 273) ist es verboten, „auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen“ „Druckschriften“ ohne die Erlaubnis der Ortspolizei „zu verteilen.“ Am 13. März 1909, vormittags 6 Uhr haben die Angeklagten in Brebach ein gedrucktes Flugblatt „Hütten- und Metallarbeiter, wißt Ihr es?“ (Bl. 2 der Alten) an die dort vorbeigehenden Hüttenarbeiter verteilt. Sie hatten zur Verteilung dieses Flugblattes die Erlaubnis der Polizeiverwaltung in Brebach für die Zeit „von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends“, also nicht, wie sie selbst zugeben, für die Zeit um 8 Uhr vormittags. Da der Zweck der Verteilung die Verbreitung an die an der Brebacher Hütte beschäftigten Arbeiter infolge der beschränkten Zeit, die Arbeiter beginnen um 6 Uhr vormittags die Tätigkeit, eingeschränkt worden wäre, erfolgte die Verteilung um die genannte Zeit. Infolgedessen wurde der Angeklagten am 4. Mai ein Strafbesehl des königlichen Amtsgerichts zu Saarbrücken wegen Übertretung der §§ 9 und 10 des erwähnten Gesetzes zugestellt, weil sie zur genannten Zeit „ohne polizeiliche Erlaubnis Flugblätter verteilt“ hätten.

Hiergegen haben sie am 5. und 8. Mai 1909, also rechtzeitig, Einspruch eingelegt und die Entscheidung des Gerichts beantragt. Der Angeklagte Jries ist in der Hauptverhandlung vom 30. Juli nicht erschienen und auch von keinem mit einer Vollmacht versehenen Vertreter vertreten worden. Sein Einspruch mußte daher gemäß § 452 der Strafprozeßordnung ohne die Erörterung der Schuldfrage verworfen werden, da keine genügende Entscheidung vorgebracht worden war.

Die übrigen Angeklagten haben die Zulässigkeit der Anwendung der genannten Gesetzesbestimmung auf ihre Handlung bestritten. Dem Antrage ist beigetreten.

Das Preussische Gesetz über die Presse kann nur noch soweit Geltung haben, als seine Bestimmungen nicht vom Reichsgesetz außer Kraft gesetzt sind. Es ist daher zu prüfen, welche Bestimmungen dieses Reichsgesetz über das Verteilen von Druckschriften trifft. Es gibt hierüber im § 80, Absatz 2 eine Blankettvorschrift des Inhalts, daß die Vorschriften über „die öffentliche, unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen“ der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Daraus folgt, daß die entgeltliche Verteilung nur von der Reichsgesetzgebung geregelt wird. Insofern also ein entgeltliches Verteilen in Frage kommt, hat das Preussische Gesetz über die Presse keine Geltung mehr. Der § 10 dieses Gesetzes spricht allgemein von „Verteilen“; er gilt somit nur noch für das unentgeltliche Verteilen und nicht mehr für das entgeltliche, was die Rechtspredung allgemein ausgesprochen hat.

Es fragt sich daher zunächst, ob die Angeklagten entgeltlich oder unentgeltlich das Flugblatt verteilt haben. Sie geben an, sie hätten dafür vom Metallarbeiterverband 60 Pfg. für die Stunde bekommen. Dies ist ihnen nicht widerlegt worden. Es kann sich daher im vorliegenden Falle nur noch um ein entgeltliches Verteilen handeln und der § 10 des Preussischen Gesetzes, der § 9, der von Anschlägen von Plakaten und dergl. handelt, ist in dem oben erwähnten Strafbesehl überhaupt fälschlich herangezogen worden, scheidet somit aus.

Es fragt sich nun weiter, ob in der Reichsgesetzgebung über das entgeltliche Verteilen von Druckschriften Bestimmungen existieren. Soweit dies nicht der Fall ist, ist nach dem oben Angelegten die entgeltliche Verteilung somit ohne Beschränkung gestattet. Es bestimmt darüber der § 43 der Reichsgesetzgebung, daß das „gewerbemäßige“ Verteilen von Druckschriften nur mit der Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet ist und der § 148 §. 5 (und der § 149 §. 1) stellt Strafbestimmungen hiergegen unter Strafe. Im übrigen fehlen Bestimmungen.

Daher ist zu prüfen, ob hier im vorliegenden Falle eine „gewerbemäßige“ Verteilung erfolgt ist. Die Angeklagten erklären hierzu, sie betreiben keine Flugblätterverteilung gewerbemäßig; Wernerus und Wäcker hatten es überhaupt nur aus Hilfsweise, weil keine andere in hinreichender Zahl für die angegebene Zeit hätten gefunden werden können, übernommen und Sell habe es auch nur aus Geistesfreiheit, nicht etwa ständig getan. Dies ist ihnen nicht widerlegt worden. Wenn sie auch eine Vergütung erhalten haben, so kann schon bei dem Stande der Angeklagten Wernerus und Wäcker (sie sind Gewerkschaftssekretäre) nicht von einer Gewerbemäßigkeit gesprochen werden, da es nicht zu den Obliegenheiten eines Gewerkschaftssekretärs gehört, Flugchriften zu verteilen. Auch der Lagerlöhner Sell hat, wenn er nicht ständig, etwa von der Gewerkschaft hierzu angestellt, die Mittel verteilt, trotz empfangener Vergütung nicht gewerbemäßig die Flugchriften verteilt, denn die Gewerbemäßigkeit setzt eine wiederholte Tätigkeit mit regelmäßiger und dauernder Einnahme voraus.

Da nun im Uebrigen die Reichsgerichtsbekanntmachung über das Verteilen von Druckschriften keine Bestimmung aufweist, ist das nicht-gewerbemäßige Verteilen von Druckschriften gestattet, wenn es entgeltlich erfolgt, und ist insbesondere auch ohne eine Erlaubnis irgend einer Behörde straflos.

Die Angeklagten Wernerus, Wäcker und Sell waren somit freizusprechen, da eine entgeltliche, aber nicht gewerbemäßige Verteilung vorliegt.

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 496, 497, 499, 505 der Strafprozessordnung.

gez. Steger.
Boglaubig
Funkt., Gerichtsschreiber.

Aus diesem Gerichtsurteil ist wie früher schon aus anderen zu entnehmen, daß bei entgeltlichem Verteilen von Flugblättern eine polizeiliche Erlaubnis nicht nötig ist. Hoffentlich merken sich die Behörden diesen Fall, um sich selbst und die Gewerkschaftler vor unnützen Scherereien zu bewahren.

Sind die Gewerkschaften für Vertragsbruch ihrer Mitglieder zivilrechtlich verantwortlich zu machen?

Diese Frage beschäftigte kürzlich den 11. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln. Es handelt sich um eine Düsseldorf Firma, die den Deutschen Holzarbeiterverband und den Gewerksverein der Tischler verklagt hatte, weil ihr durch Vertragsbruch von Mitgliedern dieser Verbände ein Schaden von 7000 M. entstanden sei. Das Düsseldorf Gericht wies die Klage ab, und das Oberlandesgericht Köln bestätigte das Urteil unter Angabe folgender Gründe: 1. Die verklagten Vereine sind unstatförmig nicht rechtsfähige Vereine im Sinne des § 54 des BGB. Ihre Parteifähigkeit, d. h. die Fähigkeit, als solche verklagt zu werden, ist nach § 50 Abs. 2 der Zivilprozessordnung gegeben. Nach ihren Statuten ist der Vorstand berufen, die verklagten Vereine nach außen, also auch in Prozessen, zu vertreten, und das ist auch von keiner Seite angezweifelt worden. 2. Die Klage ist eine Klage auf Schadenersatz als unerlaubte Handlung. Sie wird als Verletzung zum Vertragsbruch und auf Unterstützung bei demselben gegründet. Sie ist aber nicht zu halten, da die verklagten Vereine zur Klage nicht passiv legitimiert sind. Die in § 31 des BGB. für die rechtsfähigen Vereine gegebene Bestimmung, daß der Verein für den Schaden verantwortlich ist, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt, ist auf die nicht rechtsfähigen Vereine nicht anwendbar. Sie unterliegen vielmehr nach der Rechtschrift in § 54 des BGB. den Normen über die Gesellschaft, und danach werden sie nur durch Rechtsgeschäfte, nicht durch unerlaubte Handlungen ihrer Vertreter verpflichtet. (§§ 714, 715 des BGB.) Aus der weiteren Begründung ist hervorzuheben, daß die Organisationen nur dann hätten haftbar gemacht werden können, wenn alle Mitglieder ein Verschulden trifft. Ferner spricht das Urteil aus, daß Organisationen auch nicht verantwortlich gemacht werden können für Handlungen, die aus der Tätigkeit von Lohnkommissionen oder Streikposten erwachsen.

Soziales.

Tabakarbeiter und Preiserhöhung.

In bemerkenswerter Weise nimmt das Organ des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands, die „Deutsche Tabakarbeiterzeitung“ in seiner neuesten Nummer (34) Stellung zu der Frage „Preiserhöhung in der Tabakindustrie und Arbeiterinteresse“. Der Artikel kommt unter Würdigung der eigenartigen Verhältnisse in der Tabakindustrie zu dem Ergebnis, daß eine Ueberverteilung der Konsumenten aus Anlaß der jetzt notwendig gewordenen Preiserhöhung an sich kaum möglich ist, andererseits auch die Lage der Arbeiter eine gesündere Preisgestaltung wünschenswert machen würde. U. a. heißt es in dem Artikel:

„Man hat in der letzten Zeit in der Presse ein bewundernswürdiger Kampf gegen die Bestrebungen, die Preise zu erhöhen, eingeleitet. Und zwar sind es nicht nur die Organe der Parteien, die die neue Steuer angenommen haben und denen es nun darauf ankommt, die Folgen dieser Entscheidung zu lassen, sondern verschiedene andere

Blätter, darunter auch sozialdemokratische. Dazu kommt noch, daß sozialdemokratische Händler und Volkshändler den übrigen Händlern Konkurrenz machen und zu den alten Preisen verkaufen. Alle diese Bestrebungen, mögen sie nun von dieser oder jener Parteirichtung ausgehen, werden wir mit allem Nachdruck bekämpfen.“

Wegen der verschiedenen Parteiblättern, die sich über die Preiserhöhung beklagt hatten, wird ausgeführt:

„Darüber hat man doch im Reichstage keinen Zweifel haben können, daß die auf den Konsum treffende Belastung höher sein muß, als die nackte Belastung durch die neuen Steuern. Daß die Preise sich in manchen Sorten zunächst etwas aufrunden werden, mag zutreffend sein, doch dürfte hier die scharfe Konkurrenz mit durch aus notwendigen Sorten bald ausgleichend wirken. Daß aber nicht zu viele neue Sorten eingeführt werden, daran haben die Arbeiter das allergrößte Interesse. Zunächst bieten gerade diese Neuerungen am allermeisten Anlaß zu Beschwerden der Arbeiter über Schädigungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis. Die meisten Maschinen und Strickmaschinen erwachsen in unserem Bereiche gerade auf diesem Gebiete. Bei der vorliegenden Frage der Preisabstimmung durch Einführung neuer Sorten würde es sich naturgemäß um die Verwendung geringeren Materials und Verkleinerung der Formen handeln. Welches bedeutet aber gewöhnlich Verringerung des ohnehin nicht zu hohen Verdienstes, weil dieser in der Regel für den Arbeiter umso höher ist, je höher der Preis des Fabrikates überhaupt ist. Dazu kommt, daß von einer solchen Verkleinerung der größte Teil der Arbeiter betroffen würde, weil z. B. in der Zigarrenindustrie in den Preislagen bis zu 7 Pfennig einschließlich vor Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes 92 1/2 % der Arbeiter beschäftigt waren.“

Zum Schlusse wird gesagt: „Wie wir also ersehen, liegt in der Tabakindustrie die Sache so, daß ein Urkämpfen gegen die Preiserhöhungen auch für die Arbeiter sehr nachteilige Folgen haben kann.“

Was in allem wünschen wir, daß jetzt eine gesunde Preiserhöhung vorgenommen wird, damit auch die Arbeiter einmal in bessere Verhältnisse kommen. Nach Angabe der bürgerlicher Parteien und der Regierung hat sich das Publikum nach einer höheren Belastung der Tabakindustrie geradezu gesehnt. Darum sollen u. E. die Konsumenten aber auch dazu beitragen, daß die Arbeiter gesündere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekommen. Wenn dadurch die furchtbare Lungenkrankheit im Beruf etwas zurückgedrängt wird, so liegt das nicht zuletzt im Interesse der Allgemeinheit und besonders auch der Raucher.“

Geldgänge an der Hauptkasse.

- Monat August.
- Kaiserslautern 130,69 Mt., Berlin 86,66, Sulzbach 727,76, Schweidnitz 104,90, Nürnberg 865,75, Wessertal 864,56, Bocholt 105,64, Elberfeld 111,52, Straubing 81,93, Magdeburg 582,91, Mannheim 260,—, Cassel 170,78, Jülich 441,99, Singen 51,82, Furtwangen 334,72, Wiesbaden 48,85, Teubitz 26,40, Hensburg 177,84, Neustadt i. Schl. 45,05, Ratingen 199,10, Rheine 362,80, Mechernich 85,43, Ahlen 274,32, Dören 309,48, Seligenthal 34,49, Meppen 106,90, Döppeln 15,37, Beer 2,45, Delbe 188,55, M.-Glabbach 1173,93, Reheim 216,16, Brand 78,41, St. Tönis 17,65, Hannover 58,88, Hoppele 256,20, Schwelm 416,32, Hagen 1385,60, Goch 44,69, Düsseldorf 1330,30, Rattowitz 100, Höpfer a. M. 45, Engelskirchen 89,89, Forstheim 202,90, Delmenhorst 58,95, Nöhe 33,42, Ludwigshafen 264,58, Geislingen 9,69, Berg-Glabbach 11,10, Walb 295,40, Effen 3310,64, Speyer 57,82, Schwabach 122,95, Belbert 78, Jnnigraath 28,64, Siegen 514,22, Frankenthal 54,47, Speyer 22,95, Eppstein 151,11, Lauterbach 79,20, Frankfurt 567,56, Theresienhütte 29,46, Bodentwöhr 88,41, Bippstadt 118,66, Beverungen 42,20, Papenburg 268,04, Oberursel 22,47, Wachen 1569,25, Weiskammer 124, Willich 3,07, Schuffenried 241,43, Barmen 642,26, Erkelenz 231,15, Scherfede 14,42, Sinshelm 62,75, Hamm (Sieg) 37,80, Redarfeld 6,12, Disberg 200, Biersen 100, Augsburg 100, Dsnabrück 594,13, Jastau 100, Glabbed 211,80, Nürnberg 350, Weiblar 24,80, Disberg 250, Gmünd 500, Markt-Redwitz 32,58, Menden 240,10, Ravensburg 100, Neisse 38,20, Schramberg 109, Rendsburg 64,44, Stuttgart 176,54, Mühlhausen i. E. 200, Baugen 3,12, Coesfeld 64,50, Nieder-Galthe 214,75, Effen 2000, Freiburg 139,38, München 236,19, Chemnitz 38,42, M.-Glabbach 200, Nidgrath 103,45, Oberhausen (Rhld.) 125, Köln 1400, Siegen für die Opfer des Ausstandes in Rheinischen 6,60.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Aachen-Börsch.** Sonntag, den 5. September, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Coarab, Restaurant zur Post.
 - Aachen-Brand.** Sonntag, den 5. September, morgens 11 Uhr Versammlung bei Grotz, Stolbergerstraße.
 - Aachen-Röhe.** Sonntag, den 5. September, morgens 11 Uhr Versammlung bei Gey.
 - Für die Ortsgruppen **Amberg, Sulzbach, Bodentwöhr, Weiskammer und Teupitz** findet am Sonntag, den 5. September, nachmittags 1 Uhr in **Schwandorf** bei Herrn Josef Meier (Gewerkschaftslokal) Rathausgasse eine Konferenz statt. An die Mitglieder der nächst gelegenen Gruppen ergeht freundliche Einladung zur regen Beteiligung.
 - Ahlen.** Sonntag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im Gewerkschaftshaus Wwe. Mehra.
 - Augsburg.** Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr im Lokal „zur goldenen Glocke“ Versammlung mit Vortrag über die Ereignisse der deutschen Gewerkschaften.
 - Brachhausen, Hamborn, Margloh.** Sonntag, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, findet bei Nießen eine gemeinsame Versammlung statt.
 - Bremen.** Samstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag. Referent: Arbeitersekretär Kollege Hartwig.

Bromberg. Nächste Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 12. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal 4. Schlenke, Brinenthal.

Duisburg-Ruhrort-Laar. Sonntag, den 5. September, nachmittags 5 Uhr, Versammlung mit Vortrag.

Duisburg-Weed. Sonntag, den 5. September, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Müllers.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 5. September, nachmittags 5 Uhr, Versammlung bei Brütigam.

Duisburg-Weinhausen. Sonntag, den 5. September, nachmittags 6 Uhr, Versammlung im Vereinshaus, Bahnhofstraße

Dortmund-Lünen. Sonntag, den 5. September, vormitt. 11 Uhr, Versammlung bei Müllmann. Referent Kollege Ritter, Hombruch.

Dortmund-Wethmar. Sonntag, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Hoff. Referent Kollege Ritter, Hombruch.

Dortmund-Vorf. Sonntag, den 5. September, vormittags 11 1/2 Uhr, Versammlung bei Ewerlingmann.

Düren. Sonntag, den 5. September, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Gohr in Röllsdorf.

Eisenach. Samstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Gerba.

Effen (Klempner, Schlosser und Schmiede des Kleingewerbes). Samstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Effen-Stecke. Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr im Lokale Honig, Schauffstraße.

Effen-Solterhausen. Sonntag, den 5. September, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Buchner, Hobelsteinstraße.

Effen-Nordost. Sonntag, den 5. September, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale „Eiskeller“, Beuststr.

Effen-Altenessen. Sonntag, den 5. September, vormitt. 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Effer, Hammerstraße.

Effen-Boitrop. Sonntag, den 5. September, nachmittags 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Trogemann, Essenerstraße.

Effen-Dellwig. Die Kollegen werden gebeten, an der Versammlung in Boitrop teilzunehmen.

Effen-Worbed-Schönebeck. Mittwoch, den 8. September, gleich nach beendeter Schicht, Mitglieder-Versammlung im Lokale Hausmann.

Effen-Guttrop. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Stattrop, Steelerstr.

Effen-Werden. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Kimmekamp, Ruhrstraße.

Effen-Weiden. Die Mitglieder-Versammlung findet wichtiger Gründe halber **Donnerstag, den 9. September**, abends gleich nach beendeter Schicht im Lokale Wink, Altendorferstraße statt. Zu derselben wird unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber erscheinen.

Elsenkirchen-Bulme. Freitag, den 8. September, abds. 8 Uhr, Versammlung bei Meschede.

Elsenkirchen-Fallen. Sonntag, den 5. September, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Nachbarschule.

Elsenkirchen-Neustadt. Samstag, den 11. September, abends 8 Uhr, Versammlung bei Masius.

Elsenkirchen-Schäffe. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Wegener.

Glabbed. Samstag, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Gredendroich. Sonntag, den 5. September, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Bienefeld an der Bahn.

Hagen. Sonntag, den 19. September, nachmittags 5 Uhr, Versammlung der Ortsverwaltung bei Herrn Schürmann in Boels. Die Mitglieder aller Sektionen müssen erscheinen. Frauen mitbringen.

Hoben. Donnerstag, den 9. September, abends 7 Uhr, Versammlung bei Hofheim, Mariaweiler.

Jüngerddorf. Sonntag, den 5. September, nachm. 5 Uhr, Versammlung bei Wilkens.

Menden. Sonntag, den 5. September Versammlungen morgens 10 1/2 Uhr in Schwitten, nachmittags 5 Uhr in Lendring en und abends 8 Uhr in Menden.

Mühlheim-Ruhr. Sonntag, den 12. September, vormittags 11 Uhr, im christlichen Gewerkschaftshaus bei Bäder, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Franzen. — Freitag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, Frauenmänner-Versammlung bei Bäder.

München. Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Kollegarten. Referent: Kollege Krell aus Dortmund. Thema: „Großindustrie u. Gewerkschaftsbewegung.“

Nürnberg. Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Kolhof, Zeltnerstraße 26.

Oberhausen. Sonntag, den 5. September, nachmittags 4 Uhr bei Hartgenbusch Versammlung mit Vortrag des Herrn Redakteur Buchartz. Sprechstunden auf der Geschäftsstelle finden statt: Dienstag, Donnerstag und Samstag abends von 8—10 Uhr. Sonst sind Meldungen abends bei Jos. Büßmeier, Nordstraße 55 anzubringen.

Delde. Samstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Sommer.

Regnitz. Montag, den 6. September, abends 1/7 Uhr, bei Gahlwirt Eichmüller, Mitglieder-Versammlung. Wegen Wegzug des bisherigen, ist die Neuwahl eines Vorsitzenden zu tätigen. Kassierer Höllerer wohnt ab 1. September nicht mehr Nr. 154 sondern Nr. 139 part., wo zur bestimmten Zeit Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wird.

Ravensburg-Weingarten. Samstag, den 11. September abends 1/9 Uhr, Versammlung in Weingarten. Lokal: „Goldenes Kreuz.“

Stettin. Nächste Versammlung Sonntagabend, den 4. September abends 8 1/2 Uhr bei Schulowski, Blumenstr. 16. Kranke und arbeitslose Kollegen haben sich beim Vorsitzenden R. Kowatz-Gulow-Adolfstr. 56 zu melden.

Solingen. Samstag, den 11. September, abends 9 Uhr, Versammlung mit Vortrag im Lokal Borchhoff. — Sämtliche Meldungen haben beim Vorsitzenden Paul Neuffer, Gartenstraße 8 zu erfolgen. Dort werden auch die Unterstützungen ausbezahlt in der Zeit von 12—1 Uhr mittags und von 7—8 Uhr abends.

Sulzbach. Sonntag, den 12. September, vormittags 10 Uhr Versammlung in Buchbach bei Schall.